

Bezugspreis:
Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.00 Reichsmark, vierteljährlich 6.00 Reichsmark, halbjährlich 11.00 Reichsmark, jährlich 20.00 Reichsmark.

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Soll und Zeit' mit 'Stellung und Meinungen' sowie der Beilage 'Unterhaltung und Wissen' und 'Frauenbeilage 'Frauenstimme'' erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen:
'Vorwärts' Berlin
'Sozialdemokrat' Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Sonnabend, den 19. Dezember 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Vertriebsstellen: Berlin SW. 68 - Verkaufsstelle: Post der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65; Diebstahl-Gesellschaft, Postfach 100, Lindenstr. 1.

Anzeigenpreise:
Die einseitige Raumverteilung 20 Pfennig, Restanteile 1. Reichsmark. 'Kleinanzeigen' bei fortgesetzter Werbung 25 Pfennig (außer bei fortgesetzter Werbung, jedes weitere Wort 12 Pfennig, Stellenanzeigen das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig, Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte, Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig, Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig.

Erhalten für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptpostamt Berlin SW. 68, Lindenstraße 1, abgeben werden. Gestrichelt von 1/2 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Französische Linke und Finanzkrise.

Verkleinerung des Linkskartells. - Aber Stärkung seiner Einigkeit.

Paris, 18. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die innerpolitische Situation in Frankreich ist nach wie vor höchst vermorren. Doumer hat bisher jede Mitteilung über seine Finanzpläne abgelehnt. Er will sein Projekt am Sonnabend dem Kabinettsrat unterbreiten und zu Anfang der kommenden Woche in der Kammer einbringen. Obwohl dazu versichert wird, daß Doumer seine Finanzpläne sehr gründlich revidiert und seinen früheren Plan einer einseitigen Erhöhung der indirekten Steuern endgültig habe fallen lassen, steht ihm das Kartell mit ausgesprochenem Mißtrauen gegenüber. Das Kartell hat zwar durch den Abmarsch der von Rapin Peret geführten radikalen Linken in das Lager der Mitte etwa 30 bis 40 Stimmen verloren, dafür aber an Konsolidierung und Homogenität gewonnen. Die zwischen den drei Linksparteien, den Sozialisten, den Radikalsozialisten und den Republikanischen Sozialisten, in den letzten Tagen geführten Verhandlungen haben zu einer weitgehenden Einigung geführt, und der von ihnen eingesetzte gemeinsame Ausschuss ist bereits mitten in der Ausarbeitung eines gemeinsamen Finanzprogramms. Es soll in der Form eines Initiativ-Gesetzesentwurfes den Projekten Doumers entgegengestellt werden. Die Linke ist zu jedem, den Forderungen der Demokratie Rechnung tragenden Kompromiß mit der Regierung bereit, die auf diese Weise sich wieder die Gefolgschaft des Kartells sichern könnte. In anderen Fällen ist eine neue Krise, die diesmal zum Rücktritt des Gesamtkabinetts führen müßte, unvermeidlich. Selbst nachdem die Radikalsozialistische Partei nach vorübergehendem Zögern mit großer Einigkeit nach links geschwenkt ist, dürfte die Bildung einer 'Konzentrationsmehrheit', auf die die Rechte seit der Konstituierung

des Kabinetts Briand alle ihre Hoffnungen gesetzt hat, kaum mehr möglich sein. Diese würde im besten Falle, d. h. mit Einschluß der äußersten Rechten, über 240 Stimmen verfügen, denen die drei Gruppen des Kartells 280 Stimmen entgegenzustellen haben würden.

Ein Rentenfrank-Projekt.

Paris, 18. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Eine Delegation von Industrie und Handel Nordfrankreichs hat der Regierung ein Projekt zur Sanierung der Währung unterbreitet, das im wesentlichen auf den Prinzipien aufgebaut ist, die in Deutschland die Schaffung der Rentenmark ermöglicht haben. Die nordfranzösische Industrie schlägt vor, eine Anleihe von 10 Milliarden Franken aufzulegen, die durch eine Art Hypothek auf die französische Industrie sichergestellt werden soll, und zwar sollen alle Industrieunternehmungen eine Garantie in der Höhe von 10 Proz. ihres Jahresumsatzes übernehmen.

Wertbeständigkeit im Saargebiet.

Saarbrücken, 18. Dezember. (TU.) Der Standpunkt der Regierungskommission: 'Frank bleibt Frank' hat sich jetzt endlich geändert, denn sie hat neuerdings zugelassen, daß der Frank als Wertmesser für Kredit- und Schuldvereinbarungen nicht mehr verwendet wird. Die Direktion des Innern, die Forstverwaltung und das Oberbergamt haben daher angeordnet, daß alle bisherigen Frankdarlehen in wertbeständige Darlehen umzuwandeln sind. Weitere Kredite dürfen nur auf wertbeständiger Grundlage gegeben werden.

Neue estnische Regierung.

Reval, 17. Dezember. (Eigener Bericht.) Dem Abg. Lemann endlich die Bildung der estnischen Regierung gelungen. Der Regierungskoalition gehören an der Bauernbund, die Arbeiterpartei, die Christliche Volkspartei und einige Splittergruppen. Die deutsche Fraktion wird voraussichtlich Neutralität wahren. In ausgesprochener Opposition stehen die Sozialdemokraten.

Die Japaner in Mukden.

London, 18. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Aus Tokio wird gemeldet, daß die japanischen Truppen, die die Stadt Mukden zum Schutz der Ausländer besetzt haben, die beiden sich bekämpfenden chinesischen Generale Tchang Tso Lin und Kwo Sung Lin aufgefordert haben, ihre Truppen außerhalb eines Umkreises von 6 Meilen zu halten. Wenn bewaffnete Chinesen wider den Eintritt in das Stadtgebiet verwehrt. Die beiden chinesischen Generale wollen angeblich den Kampf weiter ausfechten.

Sowjetmilitärjustiz.

Ein General, seine Frau und sein Adjutant erschossen. Moskau, 18. Dezember. (Osten-Osteuropa-Dienst.) Auf Beschluß des Kriegsrevolutionstribunals wurde der General Bogdanitski, seine Frau und sein Adjutant am Mittwoch, den 16. Dezember, in Tschkent standrechtlich erschossen. Bogdanitski war des Verrats beschuldigt, Beziehungen zu den Generalen der Weißen Armee und den russischen Emigranten im Ausland unterhalten zu haben. General Bogdanitski war bis zuletzt Chef des Militärtriefes Turkestan.

Türkei und Mossul-Entscheid.

Bereit für alles - aber keine Drohung. London, 18. Dezember. (W.B.) Reuter meldet aus Konstantinopel: Das führende Regierungsorgan erklärt zu der Entscheidung des Völkerbundesrats im Mossulkonflikt: Die Regierung hat alle Möglichkeiten geprüft und alle erforderlichen Anordnungen getroffen, um jeder Lage zu begegnen. Das Blatt fügt hinzu, dies sei keineswegs als eine Drohung zu betrachten, sondern diene lediglich dem Zweck, die öffentliche Meinung in der Türkei und in der übrigen Welt zu orientieren.

Flug-Einigung mit Frankreich?

In der Kammer angekündigt. Paris, 18. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) In der Beratung des Luftschiffahrtsbudgets in der Kammer erklärte der Unterstaatssekretär des Luftschiffahrtsministeriums, Laurent Eynac, die augenblicklich in Paris geführten deutsch-französischen Luftschiffahrtverhandlungen seien so weit gediehen, daß sie bereits in einigen Wochen zu einer Einigung führen könnten. Schon zu Beginn des kommenden Jahres werde voraussichtlich die große Fluglinie Paris-Brag über Strassburg und das deutsche Gebiet eröffnet werden können. Diese Erklärung wurde mit allgemeinem Beifall aufgenommen.

Warum Mindestforderungen?

Zur Geschichte der Verhandlung über die Große Koalition von Hermann Müller.

Die Blätter der Demokratischen und der Zentrumspartei geben der Sozialdemokratie die Hauptschuld an dem Scheitern einer Regierung der Großen Koalition. Die Deutsche Volkspartei behandelt sie sehr fäustiglich, obwohl diese sich jeder klaren Stellungnahme zu dem Koalitionprogramm zurückgehalten hat, bis die sozialdemokratische Fraktion diesen für ungenügend erklärt hatte. Die sozialdemokratische Fraktion war sich der Tragweite ihrer Entscheidung für die Politik der deutschen Republik voll bewußt. Sie braucht keine Belehrung über ihre Pflichten gegen Republik und Parlamentarismus. Sie war stets grundsätzlich bereit, die Verantwortung mit zu übernehmen, wenn für eine Koalitionspolitik eine tragfähige Grundlage gefunden werden konnte. Zur Regierungsführung gehört aber nicht nur das Vertrauen einer Parlamentsmehrheit, sondern auch das Vertrauen unter den Regierungsparteien selbst. Auf das Regierungsprogramm allein kommt es nicht an. In Regierungsprogrammen brauchen detaillierte Formulierungen in kulturellen, finanziellen und außenpolitischen Fragen um so weniger aufgenommen zu werden, je mehr Vertrauen die gemeinsam zur Regierung Berufenen zueinander haben. Wo dieses Vertrauen aber fehlt, muß in strittigen Fragen Klarheit schon im Programm geschaffen werden. Sonst ist die Gefahr vorhanden, daß eine neugebildete Regierung bei der ersten größeren Belastungsprobe auseinanderfliegt.

Um dem für den Fall der Regierungsbildung vorzubeugen, kam die sozialdemokratische Fraktion zur Aufstellung von Mindestforderungen. Gerade weil sie nicht grundsätzliche Gegnerin einer Regierung der Großen Koalition ist, hat sie sich dabei auf wenige Gebiete beschränkt und sogar auf wichtigen Gebieten allgemeine Formulierungen durchgehen lassen. Das geschah zum Beispiel in den Fragen der Handelsvertragspolitik, der Kreditpolitik, der Schulpolitik, um nur einige zu nennen. Auf diesen Gebieten der Außenpolitik und des Verfassungsschutzes war die sozialdemokratische Fraktion der Überzeugung, daß sich auch mit der Deutschen Volkspartei eine Linie gemeinsamer Politik zurzeit finden ließe. Daß mit der Bayerischen Volkspartei, die ebenfalls zu den Verhandlungen mit hinzugezogen war, eine solche Linie sich finden ließe, hat bei der Einstellung dieser Partei gegen die Sozialdemokratie wohl kein ernsthafter Politiker erwartet.

Infolge der starken Zurückhaltung der sozialdemokratischen Fraktion blieben schließlich Differenzen nur in bezug auf fünf Punkte des Koalition Programmentwurfs übrig. Untersuchungen mir ganz leidenschaftlos, ob die sozialdemokratische Fraktion das Recht hatte, in diesen fünf Punkten fest zu bleiben, wenn man sie zum Wäregerien haben wollte, wobei ich gar nicht besonders betonen will, daß sie für die Unterstützung der Regierungspolitik fast die Hälfte der Stimmen im Reichstag zu stellen hätte.

Der erste Streitpunkt betrug die Regelung der Fürstenaabfindung. Hier stellte sich die sozialdemokratische Fraktion auf den Boden des im Reichstag eingebrachten demokratischen Antrags. Sie verlangte nur, daß die Fürstenabfindung durch Landesgesetz auch mit rückwirkender Kraft geregelt werden könnte. Das ist notwendig, um trasse Ungerechtigkeiten auszumergen. Die Deutsche Volkspartei lehnt eine solche Rückwirkung ab. Was sie selbst will, darüber ist sie sich noch nicht klar. Sie scheint auf die Bildung eines Reichsgerichtshofs hinauszuwollen. Was dabei herauskommt, kann sich jeder vorstellen. Die Sozialdemokratie will den Landesparlamenten den Weg zur Regelung öffnen, damit nicht durch dynastische Kaffpolitik das Volk zum Weibhüten gebracht wird, was besonders für Thüringen aktuelle Bedeutung hat.

In einem zweiten Punkt, dem der Arbeiterschutzgesetzgebung, berufen sich die bürgerlichen Politiker ganz besonders auf ihr weitgehendes Entgegenkommen. Zugezagt wurde die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtfundentag bei gleichzeitiger Ratifizierung durch Frankreich und Belgien. Die Deutsche und die Bayerische Volkspartei verlangten auch die Einbeziehung Englands. Dieser Forderung gab der Abgeordnete Koch nicht nach. Belgien und Frankreich aber sind bereit zu ratifizieren, wenn Deutschland ratifiziert. Nun ist das Washingtoner Abkommen aber nur ein Rahmengesetz. Wichtiger als die Ratifizierung ist deshalb der Inhalt des schließlichen zu verabschiedenden deutschen Arbeiterschutzgesetzes. Ueber dieses Gesetz muß deshalb zuerst Klarheit geschaffen werden. Hierzu verlangte die Sozialdemokratie die Wiederherstellung des achtstündigen Normalarbeitstages und die Festlegung, daß die Leistung von Ueberstunden nur nach tariflicher Vereinbarung erfolgen dürfe. Ausnahmen sollten in Fällen höherer Gewalt durch behördliche Regelung ermöglicht werden. Hiermit war die Deutsche Volkspartei nicht einverstanden. Sie verlangte eine genügende Bewegungsfreiheit, damit bei günstiger Konjunktur durch Vereinbarungen in Betrieben Ueberstunden gemacht werden könnten. Ein so

weitgehender Spielraum würde in der Praxis zu einer völligen Durchlöcherung des Achtstundentages führen. Sobald der Arbeitsminister des neuen Kabinetts seinen Gesetzentwurf vorlegte, würde der Sturm der Arbeitgeberverbände gegen die gewerkschaftlichen Mindestforderungen zur Durchführung des Achtstundentags einsetzen, wenn hierüber nicht im Programm bereits Klarheit geschaffen wäre. Wie recht die sozialdemokratische Fraktion mit ihrem Verlangen auf Klarstellung dieser Punkte hatte, zeigt am besten das Wirtschaftsprogramm der Industrie, das am Donnerstagsabend der Reichsverband der Deutschen Industrie auf einem Presseabend der Öffentlichkeit unterbreitet hat. Es heißt darin:

„Bei Tarifverträgen ist jede Schematisierung zu vermeiden. Das gleiche gilt für die Anwendung des Achtstundentags. Die betriebliche Regelung der Arbeitszeit im Einzelnehmen mit der Befolgung darf durch öffentlichen Zwang nicht unterbunden und gehemmt werden.“

Gehörten die Wortführer der deutschen Industrie, wie Herr Duisburg, nicht auch zu den Befürwortern der Großen Koalition? Zeigt der oben mitgeteilte Programmpunkt nicht an, daß nach dem Beispiel von 1923 die Große Koalition den Todesstoß in sich gehabt hätte, wenn in puncto Achtstundentag nicht jetzt Klarheit und Übereinstimmung geschaffen worden wäre?

Der dritte und zurzeit wichtigste Streitpunkt betraf die Verabschiedung eines Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung und die Maßnahmen, die bis dahin zur Behebung der Not der Arbeitslosen getroffen werden müssen. In diesem wichtigsten Punkt fand die sozialdemokratische Fraktion das geringste Entgegenkommen. Die sozialdemokratische Fraktion sollte sich darauf verlassen, daß der künftige Finanzminister eben das bewillige, was nach Lage der Wirtschaft und der Finanzen, so wie er sie aussieht, gegeben werden könnte. Es wurde zwar zugegeben, daß mehr getan werden müsse, als durch die letzten Reichstagsbeschlüsse bewilligt wurde, aber über das Was und Wie wurden genauere Zusagen abgelehnt unter Hinweis auf die eventuell sonst gefährdete Währung. Nun will gewiß niemand Forderungen durchsetzen, die die deutsche Währung gefährden könnten. Die deutschen Arbeiter haben an einer Inflation genug. Infolge der Inflation sind sie ihrer familiären Sparmittel beraubt und werden so im Falle der Arbeitslosigkeit größerem Elend überantwortet, als bei irgendeiner Krise der Vorkriegszeit, wo sie sich mit eigenem Ersparnis helfen konnten. Aber gerade weil das so ist, muß verlangt werden, daß den arbeitslosen Angestellten und Arbeitern ganz anders geholfen wird. Deshalb geht es jetzt nicht mehr an, daß Arbeitslose nur begrenzt unterstützt und einer Bedürftigkeitsprüfung unterworfen werden. Deshalb müssen auch alle Angehörigen, die Landarbeiter und die Hausangestellten im Bedarfsfalle Arbeitslosenunterstützung erhalten. Deshalb muß auch den Kurzarbeitern geholfen werden. Und dieses Verlangen kann nicht damit abgetan werden, daß eine Unterstützungszahlung an Kurzarbeiter weiter nichts bedeute, als die Bereitstellung von Reichskrediten für unter der Krise leidende Erwerbsunternehmen. Hier redeten die bürgerlichen Parteien eine Sprache, die kein Angestellter und kein Arbeiter verstehen wird, der bei fortschreitender Krise die Gefahr der Arbeitslosigkeit täglich vor Augen sieht.

In einem vierten Streitpunkt versprach das Reichsprogramm die Vorlegung eines Gesetzentwurfs auf Grund Artikel 165 der Reichsverfassung. Bei der Erörterung dieses Punktes lehnten die bürgerlichen Parteien den parlamentarischen Ausbau der Handels-, Handwerker- und Landwirtschaftskammern ab und wollten nur erwägen, ob diese Verfassungsbestimmung nicht durch Schaffung besonderer Vertretungen bei einer gemeinsamen Dachorganisation ausgeführt werden könnte.

Endlich genügt fünfens der sozialdemokratischen Fraktion die Ausführungen des Programms in der Steuerfrage nicht. Hierin wurde zugegeben, daß die Lohnsteuer,

die Umsatzsteuer und die indirekten Steuern mindestens in demselben Maße eines Abbaues bedürfen wie die Besitzsteuern. Die sozialdemokratische Fraktion forderte den Vorrang der Hauszinssteuer, als der unsozialsten Steuer, der Lohn- und Umsatzsteuer vor den Besitzsteuern, wenn zur Ermäßigung von Steuern geschritten würde. Sie verlangte weiter die Verwendung der Erträge aus der Mietzinssteuer für den Wohnungsbau, was nicht nur zur Behebung der Wohnungsnot, sondern auch zur Belebung der Wirtschaft beitragen würde. Eine Politik, die zu einer weiteren Erhöhung der Mieten führt, ist in der jetzigen Krisenzeit unerträglich. Woher sollen denn die Erwerbslosen und die Kurzarbeiter das Geld zur erhöhten Mietzahlung nehmen, wenn sie das Geld für die jetzigen Mieten schon nicht aufbringen können? Mit Redensarten über soziale Fürsorge ist Arbeitern, die gerne voll arbeiten wollen, aber in der kapitalistischen Gesellschaft keine Arbeit finden oder Kurzarbeit machen müssen, nicht geholfen.

Zur Hebung der Steuermoral hat die sozialdemokratische Fraktion ferner die Offenlegung der Steuerlisten verlangt. Auch das wurde von der Deutschen Volkspartei glatt abgelehnt mit der Behauptung, daß eine Offenlegung der Steuerlisten vielen Unternehmern die Kreditbeschaffung erschweren würde. Wir sind überzeugt, daß die Parteien, die sich auf die kapitalistischen und agrarischen Kreise stützen, auch nach Ablauf der Krise diese Forderung ablehnen werden, weil sie sich unter der heutigen Steuergesetzgebung sehr wohl fühlen, wo die der Lohnsteuer Unterworfenen restlos alles zahlen müssen, während Besitzsteuern gestundet werden.

Das sind in der Hauptsache die Einwände, die gegen die so bescheidenen Forderungen der sozialdemokratischen Fraktion erhoben wurden. Wir fragen nun jeden Arbeiter, jeden Angestellten, gleichviel, ob er den freien Gewerkschaften, den christlichen oder sogar dem deutschnationalen Handlungsgewerkschaften angehört, ob er nicht für diese Forderungen eintritt.

Gewiß, wir müssen durch einen schweren Winter hindurch. Das bringt Lasten mit sich. Wer nicht haben will, daß diese Lasten fast ausschließlich auf die Schultern der Armen und Ärmsten gelegt werden, wer auf einen wirklichen sozialen Ausgleich in schwerster Notzeit hinarbeitet, wer den Gedanken einer wahren Volksgemeinschaft praktisch durchführen will, der muß sich mit beiden Füßen auf den Boden der sozialdemokratischen Mindestforderungen stellen.

Die Mordhege.

Gehuchelte Entrüstung und neue Hege.

Die Aufdeckung des Attentatsplanes gegen Stresemann hat eine mit größter Heftigkeit geführte Zeitungsfehde in der Berliner bürgerlichen Presse hervorgerufen. Das Organ der Volkspartei, die „Tägliche Rundschau“, hat die Frage nach den intellektuellen Urhebern der Mordhege aufgeworfen. Die demokratische Presse hat mit den Fingern auf die Hegearbeit der Reichspresse gewiesen. Die Hugenberg-Presse schäumte darob vor Wut. Die übrigen deutschnationalen Zeitungen heuchelten moralische Entrüstung über falsche Beschuldigungen. Besonders die „Deutsche Zeitung“ gebärdete sich als verfolgte Unschuld. Mit gutem Grund. Sie hat es am nötigsten, sich gegen den Vorwurf der intellektuellen Urhebererschaft der Mordhege zur Wehr zu setzen.

In jeder Nummer liefert die „Deutsche Zeitung“ Beweise von gewissenloser politischer persönlicher Hege, die in den Köpfen von Fanatikern Unheil anrichten müssen. Gestern abend veröffentlichte sie eine Sammlung von Angriffen gegen Herrn Stresemann, aus der wir folgende Stellen herausgreifen:

„Biel siehe sich noch fingen und legen von unserem Heben. Doch genug für heute. Oder sollen wir davon erzählen, wie sein großes Herz sich auch darin verrät, daß er sich rührend warm zu

assen, fröhlich den Ärmsten und miserabelsten Verwandten. Reiz? Kurz sei es angedeutet. War da ein armer alter Mann, der englische Botschafter Lord Aberdeen. Der rechnete sich in überquerender Freude aus, daß er mit unserem Gustav vermandt sei. Und dieser verleugnete ihn nicht, erzählte es vielmehr ganz offen und schmeichelhaft nur darüber, wie diese Verwandtschaft entstanden ist. Und als jener zu ihm kam und ihn um einen kleinen Dienst bat, da konnte er kein Böger. Ungefährlich er das Memorandum vom 2. Februar ergehen, das dann zu den schönsten Tagen von Locarno führte. Da sieht man auch wieder einmal, wie Guttaten doch immer ihren Lohn finden. Wäre Gustav stolz und abweisend gegen seinen armen Vetter gewesen, nie hätte er mit Chamberlain und Briand frühstücken dürfen.

Bielleicht schließt er in strahlender Albedungentreue jetzt für Luther denselben Döck, den er vor zwei Jahren seinem Freunde Cuno in den Nacken rief. Bielleicht dürfen wir hoffen, ihn bald wieder als Deutschlands Kanzler zu sehen. Ihn, unsern Gustav.“

Das soll Hege sein? Verleumdung! Daß Stresemann die Politik von Locarno geführt hat, nur um mit Briand und Chamberlain frühstücken zu können — das soll Hege sein? Verleumdung! So heult die edle „Deutsche Zeitung“ lautlos.

Die Form dieser Hege — dieselbe, die gegen Ebert, gegen Erzberger, gegen Rathenau angewandt wurde — ist widerwärtig und gemein, ein Ausfluß niedriger Gesinnung. Aber was soll man anders erwarten von den Anbetern und Verteidigern des alten Systems, in dem Kriegesfälle herausgeschworen, Völker verheert wurden, damit die Papiere eines spekulierenden Drahtziehers aus dem Auswärtigen Amt an der Börse stiegen? Aus solchen Hirnen nur kann der Gedanke aufsteigen, einer könne um ein Frühstück eine große internationale Aktion unternehmen.

Die Volkspartei und die Mordhege.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“, der Pressedienst der Deutschen Volkspartei, veröffentlicht folgenden Brief, den die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei über die Hege gegen Stresemann an den Reichsjustizminister gerichtet hat:

Sehr geehrter Herr Minister!

Wir Ihnen bekannt ist, sind in der letzten Zeit Veröffentlichungen erschienen, die in unverhüllter Form zum Vorde an unserm Fraktionskollegen, dem Außenminister Dr. Stresemann, aufordern. Es sei insbesondere an den Artikel erinnert, den Dr. Heinrich Fuder in Leipzig in der Nr. 12/13 der vom Deutschen Volkspartei herausgegebenen Zeitschrift „Einheit Völkischer Verbände“ veröffentlicht hat. In der „Preussischen Landeszeitung“ wurde Stresemann mit einem Raubmörder verglichen. Die Beispiele dafür, wie gegen die Person des Außenministers gehandelt wird, ließen sich beliebig vermehren. Wenn letzten Endes irgend welche Unsonnen, zumeist jugendlichen Elemente der Verhegung Raum geben, zur Waffe greifen und Mord begehen, so erweist diese das Schicksal. Die eigentliche Schuldigen aber gehen straflos aus. Es scheint uns hohe Zeit zu sein, daß seitens des Reichsjustizministeriums Maßnahmen ergriffen werden, die darauf abzielen, die Verhegung, welche unser Volk überhaupt nicht zur Ruhe kommen läßt, energisch zu bekämpfen. Wir sind durchaus der Ansicht, daß eine freimütige und auch scharfe sachliche Kritik das Recht jedes Staatsbürgers ist, bitten aber dringend, mit allen Ihnen geeignet erscheinenden Mitteln der maßvollen Agitation gewisser Kreise, die schließlich den politischen Mord zur Folge hat, entgegenzutreten.

Wir wären Ihnen, sehr geehrter Herr Minister, sehr dankbar, wenn Sie uns von Ihrer Stellungnahme in Kenntnis setzen würden.

Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik hat unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Niebuhr beschlossen, das Verfahren gegen den berüchtigten Postkassen Oberleutnant Kosschich zufolge des Amnestiegesetzes vom August 1923 einzustellen.

Die Feme geht um!

Dreh' dich nicht 'rum,
die Feme geht um!
Mit Knüttel und Messer,
je kecker — je besser,
mit Schlagring, Pistole,
Blauäure-Pistole,
mit treudeutschem Gruß
an das neue deutsche Zus...
Schlaf, Republikchen, Schlaf — Schlaf
auf deinem Schutzparagraph!

Dreh' dich nicht 'rum,
die Feme geht um!
Mit Referenzen, Berlinern
und Weidenburg-Schwernern,
zwo Offizieren zum Stürmen,
einem Flugzeug zum Lärmen,
Partei weiß Bescheid.
Finanzierung all-right!
Schlaf, Republikchen, Schlaf — Schlaf
auf deinem Schutzparagraph!

Dreh' dich nicht 'rum,
die Feme geht um
mit dem Reim: „Stresemann —
(wie Igrisch) verweise man!“
„Das Schwein wird gefilmt!“
Hakenkreuz im Bild!
Für Locarnoer Schmutz!
Mit treudeutschem Gruß!
Schlaf, Republikchen, Schlaf — Schlaf
— Heil und Sieg! — auf dem Schutzparagraph...!

Dreh' dich nicht 'rum,
die Feme geht um!
Bon Kirchorf gerammte
„Lokal-Anzeiger“-Entflammte,
neue Grüte-Beherzchen,
Minister-Attentäterchen.
Sie macht es genau
wie bei Rathenau!
Nur: damals kiffte man Schwarz-Rot-Gold —
heute wird „Volkspartei“ dito „gerafft“...!

Schlaf weiter, Republik, wie ein Bulle —
du verdienst deine Henning und Waffe!
Schlaf weiter, Justizchen, Schlaf — Schlaf
auf dem pflaumenweißen Schutzparagraph!
Josef Maria Franz.

Neue Vergleichsvorschläge des Ministeriums im Fall Schillings? Wie eine hiesige Lokal-Korrespondenz zu melden weiß, scheint im Kultusministerium die feste Absicht zu bestehen, den Konflikt mit dem Intendanten der Staatsoper Mag. v. Schillings auf gutem Wege beizulegen, nachdem sich das Parlament bekanntlich in seiner Mehrheit hinter den Minister Dr. Bader gestellt hat. Prof. Mag. v. Schillings sind nämlich über seine Rechtsbestände neue Vergleichsvorschläge des Ministers übermittelt worden, die gegenwärtig zum Gegenstand von neuen Verhandlungen gemacht worden sind. Ein greifbares Resultat haben diese Besprechungen bisher jedoch nicht ergeben, und es läßt sich auch nicht sagen, wie weit die Einigungsverhandlungen schon gediehen sind.

Heinrich Mann über Rassenantifemismus. In der Weihnachtsnummer der Prager Halbmonatsschrift „Die Wahrheit“ äußern sich maßgebende Persönlichkeiten zu dem aktuellen Thema: „Rassenantifemismus.“ Heinrich Mann schreibt: „Was soll man nach Jagen zu einer Frage, in der Erkenntnis nicht entscheidet, sobald Religion und Glauben es anders beschließen. Wer den Juden grundsätzlich für den Quell des Übels hält, ist nicht daran zu hindern. Er muß nur verhindert werden, seine irrigen Grundzüge in die Tat zu verwandeln. Wer an Rassenantifemismus überhaupt noch glaubt, mag dadurch selig werden. Er wäre auch ohne diesen Glauben schwerlich glücklicher. Er hat Herkunft und Mechanismus der neueren Gesellschaft nicht begriffen, wird sie nie begreifen und sucht daher in seiner Not nach Schuldigen, wo nur Menschentypen sind, die sich mehr oder weniger anpassen. Wapü mit ihm verhandeln? Der Nationalismus ist kein seiner antifemistischen Ergänzung geistig längst erledigt, es wird haarsträubend langweilig, sich mit ihm abzugeben. Er wirkt nur in den Tatsachen plump körperlich noch nach und wird dank dem Beharrungsvermögen, das gerade seine Anhänger kennzeichnet, selbst in einer künftigen bis zur Unkenntlichkeit veränderten Welt ohne jeden Zusammenhang mit ihr noch spüren.“

Wieder deutsch-amerikanische Austauschprofessoren. Der Professor für englische Philologie an der Heidelberger Universität, Geheimrat Dr. Hoops, hat den Ruf als Austauschprofessor für das Sommersemester 1926 an die Universität von Kalifornien in Berkeley (San Francisco) erhalten. An die Heidelberger Universität wird als Austauschprofessor von amerikanischer Seite Prof. Dr. Gay Montgomery im nächsten Sommersemester lesen. Die Berufung von Prof. Hoops ist die erste Austauschprofessur seit 1914.

Leute Manuskripte und Erstausgaben. In Rem Dork fand eine Versteigerung antiquarischer Kostbarkeiten statt, bei der u. a. das Originalmanuskript einer um 1737 entstandenen Arie von Händel einen Preis von 4000 M. erzielte. Für ein Originalmanuskript von Mozarts „Trio für Klavier, Flöte und Klarinette“ wurden 2400 M., für ein ganz kleines Klaviermanuskript von Beethoven 1350 M., für eine bisher unveröffentlichte Ballade des schottischen Dichters aus dem 18. Jahrhundert, Robert Burns, dessen Lied „Mein Herz ist im Hochland“ durch Freiligraths Uebersetzung auch bei uns sehr bekannt geworden ist, sogar 4200 M. geboten. Den Rekord erzielte jedoch bei einer Londoner Versteigerung eines der drei noch vorhandenen Exemplare der Erstausgabe von Shakespeares Königsdrama „König Johann“. Für dieses Exemplar zahlte ein amerikanischer Liebhaber von antiquarischen Seltenheiten die Kleinigkeit von 4000 M.

Die Villa der Geheimnisse. Dieses in seiner Art einzige Gebäude wurde bereits im Jahre 1902 bei den Ausgrabungen in Pompeji entdeckt, ist aber erst seit kurzem zugänglich gemacht. Es handelt sich um eine Privatvilla, in der in alten Zeiten ein orphisches Heiligtum eingerichtet war, ein Versammlungsort der Anhänger des Orphismus, jener mystischen griechischen Religion, die nach der Legende von Orpheus begründet wurde. Der Kern dieser Religion war das Mysterium, das die Vereinigung mit Zagreus (Dionysos) bedeutete. Durch die mystische und ekstatische Vereinigung mit diesem gestorbenen und der Legende nach wieder auferstandenen orphischen Gott glaubten die Anhänger dieser Lehre nach dem Tode die Heiligkeit und ewige Seligkeit zu erlangen. Bis jetzt wußte man nicht, worin eigentlich jenes Mysterium bestand, und konnte sich das Geheimnis des mächtigen Zaubers, den der Orphismus jahrhundertlang auf den griechischen Geist ausübte, nicht erklären. Die „Villa der Geheimnisse“ scheint der Lösung dieser Frage näherzuführen. Der große Saal, in dem die neuen Säulen in die Geheimnisse des Orphismus eingeweiht wurden, ist mit einem Freskogebeude geschmückt, das 29 Figuren von fast natürlicher Größe enthält, die mit den Hieronymen beschäftigt sind, aus denen sich offenbar jenes Mysterium zusammensetzt. Danach scheint man den Orphismus als ein nicht unwichtiges Verbindungsglied zwischen der griechischen Welt und dem christlichen Glauben ansehen zu müssen.

Eine talentierte Negerfamilie. Als einen Beweis für den geistigen Aufstieg, den Neger zurücklegen können, wird der Fall einer Negerin angeführt, die in der Sklaverei geboren wurde, nicht schreiben konnte und einen ebenso des Schreibens unfähigen Mann heiratete. Diese Negerin, C. A. Hubert, die jetzt zu Atlanta in Georgia gestorben ist, hinterläßt 7 Söhne und 3 Töchter, die alle eine vorzügliche Bildung erreicht haben und sich in angesehenen Stellungen befinden. Der älteste Sohn ist Präsident des Jackson College in Missouri, der zweite Direktor der Präsidienabteilung am Tuskegee-Institut in Alabama, der dritte Leiter der Negerhochschule von Savannah. Die nächsten drei Brüder haben gelehrte Berufe ergriffen und der jüngste ist noch auf dem College. Die Töchter haben alle angesehene Männer geheiratet.

Die Volksbühne bringt am zweiten Weihnachtsfest, vormittags 11 1/2 Uhr, im Theater am Bülowplatz Ludwig Webers „Fortifikationsstück“ erstmalig zur Aufführung. Die musikalische Leitung hat Anton Lindner-Kärndler, die Regie Fritz Höll übernommen. Mitwirkende: Sopran — Emma von Stolten, Sprecherinnen — Mitglieder der Volksbühne, Tanzgruppe unter Leitung von Fritz Höll, die Neue Chorvereinigung — Kärndler, ein Kammerorchester.

Weihnachtsplan der Staatsoper. An den drei Festtagen werden gegeben im Opernhaus „Miba“, „Hugenerbaron“, „Margarete“, in der Oper am Königsplatz „Catterin“, „Hänsel und Gretel“ und „Epielzeug“ und „Ewangelmann“.

Neue medizinische Fakultäten. An den deutschen Universitäten sind jetzt zwei neue medizinische Fakultäten ausgebaut worden. Wie die „Mittelschweizerische“ berichtet, sind an der Universität Württemberg Einrichtungen vollendet, um das früher nur bis zur ärztlichen und pharmazeutischen Vorprüfung vorgesehene Studium vollständig durchzuführen. Umgekehrt ist in der medizinischen Fakultät der Universität Köln das medizinische Studium bis zur ärztlichen Vorprüfung neu eingerichtet worden, so daß es dort vollständig lehrplanmäßig betrieben werden kann.

Das Wesen der Krise.

Genosse Hilferding im Volkswirtschaftlichen Ausschuss.

Der Redaktionssekretär des „Vorwärts“, Genosse Paul Böttner, ist gestern morgen, 64jährig, einem langen, schweren Leiden erlegen. Ein Leben, das von hingebungsvoller Arbeit für die Sozialdemokratische Partei und ihr Zentralorgan ausgefüllt war, hat seinen Abschluß gefunden.

Schon vor mehr als vierzig Jahren, in der Zeit des Sozialistengesetzes, hatte sich Gen. Böttner als junger Buchdrucker der sozialistischen Bewegung angeschlossen. Er wurde Seher am „Berliner Volksblatt“, dem Vorgänger des „Vorwärts“, und blieb von da an bis zu seiner letzten, schweren Erkrankung ununterbrochen im „Vorwärts“-Betriebe tätig. Zugleich wirkte er in der Gewerkschaft und in der Parteio rganisation besonders des einstigen dritten Wahlkreises. Er wurde Korrektor und im Jahre 1905 Redakteur des „Vorwärts“. Im Jahre darauf brach der „Vorwärts“-Konflikt aus: „Ökonomisch-historische“ und „Ethisch-ästhetische“ Kräfte trafen einander. Die streng marxistische Richtung hatte den Parteivorstand und die Pressekommission für sich, und die von Bebel spöttisch so genannten „edlen Sech“ mühten das Feld räumen. Sie hießen: Eisner, Gradnauer, Weyler, Schroeder, Kaliski und Böttner. Böttners Rücktritt war ein vollkommen freiwilliger Akt der Solidarität, ein Verzicht auf die eben erst betretene journalistische Laufbahn, der ihm als Zeichen seiner Charakterstärke von allen hoch angerechnet wurde, auch von denen, die damals auf der anderen Seite standen.

Böttner wurde wieder Korrektor und kehrte erst nach vielen Jahren, diesmal als Sekretär, in die Redaktion zurück. Als solcher widmete er sich seiner Arbeit mit allem Eifer und aller Liebe, mit der er dem Blatte seit der gemeinsamen Jugend angehangen hatte. Schwere Krankheit trieb ihn im Frühjahr dieses Jahres von seinem Plaze, sein Augenlicht verlor, eine Operation brachte nur geringe Hilfe, eine schwere Zuckerkrankheit setzte ein, bis ihn gestern der Tod von monatelangen Leiden erlöste.

Knorrig und herb, immer geradeaus und ein guter Kamerad, von tiefer Begeisterung für die Sache der Arbeiterbewegung erfüllt, so war Paul Böttner eine echte, nordlich wirkende Proletariatsgestalt. Partei und Gewerkschaft, vor allem aber der „Vorwärts“, haben einen treuen Kämpfer verloren. Sie werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Das preußische Anleiheprojekt.

150 Millionen für die staatlichen Unternehmungen.

Die Absicht des preußischen Finanzministers, für die Unternehmungen des Staates eine langfristige Anleihe im Betrage von 150 Millionen Mark anzunehmen, hat bereits in Staatsrat zu lebhaften Debatten geführt. Der Berliner Oberbürgermeister Böß hat damals den Aufsichtsbehörden vorgeworfen, daß sie bei der Genehmigung von Auslandsanleihen mit zu vielerlei Maß messen. Die produktivsten Anleihen der Gemeinden würden rundweg unter den sadenscheinigsten Gründen abgelehnt, auch dann, wenn ihre volkswirtschaftliche Berechtigung von keiner Seite bestritten werden könnte, dem Staate würde aber auch eine Anleihe zweifelhaften Charakters ohne größere Schwierigkeiten genehmigt. Auch im Hauptausschuß des Landtags stieß der Finanzminister ebenfalls auf Widerspruch. Er hat deshalb eine Denkschrift über den geplanten Verleihen des Staates, die Finanzverhältnisse dieser Unternehmungen und ihren Anleihebedarf in Aussicht gestellt. Der Amtliche Preußische Pressedienst teilt außerdem aus den Ausführungen des Finanzministers noch folgendes mit:

1. Für den

Ausbau werdender Betriebe

Sind Aufwendungen nur insoweit gemacht worden, als der Ausbau dieser Betriebe durch frühere Anleihegeschäfte vom Landtag genehmigt war und diese Betriebe sich daher bereits im Ausbau befanden. Die erforderlichen Mittel zum Ausbau der Betriebe sind einseits aus den Ueberschüssen des Vorjahres entnommen worden. Die Aufwendungen verteilten sich auf vier Gruppen: Elektrizitätswerke, Häfen, Bergwerke und Förderung der Landeskultur. Für die Elektrizitätswerke sind 28, für die Häfen 24 und für die Bergwerke 17 Millionen zur Verfügung gestellt. Für Zwecke der Landeskultur sah der Haushaltsplan selber 20 Millionen vor, außerdem sind noch 4 Millionen zur Verfügung gestellt.

2. Das Reich hat dem Lande Preußen im Frühjahr eine

Entschädigung von 65 Millionen

gezahlt. Von dieser Summe bedeuten 15 Millionen eine Pauschalabfindung für eine Reihe von Aufwendungen, die mit dem Versailler Friedensvertrage zusammenhängen. 50 Millionen sind als Entschädigung für verlorenes preußisches Staatseigentum mit der Maßgabe zur Verfügung gestellt, daß diese Summe wieder als nutzbares Staatseigentum angelegt werden soll. Von diesen 50 Millionen sind rund 5 Millionen für den Ankauf von Domänen und Forsten, 20 Millionen für den Ankauf von Aktienpaketen des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerks und der Siemens-Gesellschaft verwandt und 20 Millionen der Bergbauperwaltung zur Verfügung gestellt.

3. Die

Ausgabe von Schatzwechseln

hat ihre gesetzliche Grundlage in dem Etatgesetz. Der Finanzminister ist berechtigt, zur vorübergehenden Verstärkung der Betriebsmittel Schatzwechsel bis zum Höchstbetrage von 200 Millionen auszugeben. Die Summe der umlaufenden Schatzwechsel beträgt zurzeit etwa 84 Millionen. Die Verstärkung der Betriebsmittel ist notwendig, weil der Ueberschuß des Vorjahres auch zum Ausbau der werdenden Betriebe, wenigstens vorübergehend, und zur Deckung des Fehlbetrages des laufenden Jahres verwandt werden muß.

Die Finanzverwaltung gestaltet sich also so, daß die zum Ausbau der werdenden Betriebe vorübergehend verwandten Ueberschüsse des Vorjahres durch eine dauernde Anleihe abgedeckt werden sollen, daß der Ueberschuß des Vorjahres im wesentlichen zur Deckung des Fehlbetrages des laufenden Jahres verwandt werden soll, und daß der Rest des Ueberschusses und die Schatzwechselbeträge den Betriebsfonds der Finanzverwaltung bilden sollen.

Das vorgelegte Anleihegesetz soll der Finanzverwaltung die Möglichkeit geben, die Verhandlungen über eine Anleihe aufzunehmen. Die Verteilung der Anleihe im einzelnen auf die verschiedenen Verwaltungen wird, soweit Anleihegesetze nicht bereits vorliegen, durch besondere Anleihegesetze vorgenommen werden.

Dieses Anleiheprojekt des preußischen Finanzministers wird zweifellos in der Öffentlichkeit nach Vorlegung der angefügten Denkschrift noch zu Diskussionen führen. Die „linke Sozialisierung“, die Preußen nach dem Muster anderer Länder und auch des Reichs vornimmt, hat den allerhöchsten Bohn der „Wirtschaft“ erzeugt. Auch ist z. B. die Frage einer planmäßigen Regelung der Elektrizitätsversorgung über ein so großes Gebiet von der Ausdehnung Preußens von höchstem Interesse für die gesamte Öffentlichkeit. Schon aus diesem Grunde kann man annehmen, daß die Verhandlungen über die preußische Anleihe sich im Landtag noch längere Zeit hinzuziehen werden.

Im Volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages wird seit einigen Tagen die Kreditpolitik der Reichsbank gegenüber unserer Wirtschaft behandelt. Dazu haben Vertreter sowohl der Reichsbank wie des Reichswirtschaftsministeriums in sehr ausgedehnter und auch sehr interessanter Weise gesprochen. Am Freitag vormittag hat Genosse Hilferding in der darüber begonnenen Diskussion den Standpunkt der Sozialdemokratie dargelegt.

Er wandte sich zunächst dagegen, daß wir an die gegenwärtigen Wirtschaftsprobleme mit denselben Vorstellungen herantreten, die wir vor dem Kriege gehabt haben, obwohl die Grundlagen seitdem gründlich verändert worden sind. Er forderte deshalb gleichzeitig, daß endlich die Enquete durchgeführt wird, die seinerzeit im Anschluß an die politischen Verhandlungen des Reichstages sowohl vom Reichstag selbst wie vom Reichsrat beschlossen worden ist. Im übrigen führte er gegenüber den Darlegungen sowohl des Vertreters der Reichsbank wie des Reichswirtschaftsministeriums folgendes aus:

„Die gegenwärtige Wirtschaftskrise war bis vor einigen Wochen zu betrachten als eine Wirkung der Inflationszeit und der Wiederherstellung unserer Wirtschaft in die Weltwirtschaft. Inzwischen ist diese Krise der Konjunktur aber allmählich zu einer ganz allgemeinen Krise geworden. Die erste Ursache davon ist die falsche Steuerung unserer Wirtschaft von 1914 bis zur Stabilisierung der Mark. Während dieser Zeit war die ausländische Konkurrenz so gut wie ausgeschaltet, und infolgedessen fand eine vollkommen unrichtige Verteilung des Produktionskapitals statt. Die zweite Ursache ist die technische Rückständigkeit unserer Wirtschaft, die wiederum durch Krieg und Inflation herbeigeführt worden ist. Das trübseligste Beispiel dafür, wenn auch nicht das typischste, ist die Automobilindustrie. Zur Verschärfung haben dazu beigetragen die verhängnisvolle Schutzpolitik des vergangenen Sommers, durch die die ausländische Konkurrenz zu stark ausgeschaltet worden ist, und weiterhin die Kartellpolitik. Die Politik der Kartelle im besonderen ist nichts weiter als eine Art kapitalistischer Mittelstandspolitik, weil sie von der Erhaltung der Schwachen ausgeht, also von direkt zünftlerischem Geiste erfüllt ist. Die Entwicklung muß aber gehen von dieser Kartellpolitik hin zu Fusionen, zu Trusts. Dabei hat aber die Gesellschaft alles zu tun, um die dadurch hervorgerufene Monopolbildung zu überwachen, namentlich was die Preisgestaltung angeht. Der Anfang, der damit in Deutschland durch die Einführung eines Kartellgerichts gemacht worden ist, genügt in seiner Weise. Wir müssen vielmehr ein vollkommen unabhängiges und mit großen Vollmachten versehenes Kartellamt haben, ähnlich wie das bereits in den Vereinigten Staaten, in Kanada usw. gesehen ist. Es muß aber auch weiterhin versucht werden, die schweren Uebelstände im Aktienwesen zu beseitigen, namentlich soweit der Mißbrauch mit den Vorkaufsrechten, den Stimmrechtsaktien usw. im Betracht kommt, weil dadurch die Anlage für produktive Zwecke künstlich zurückgehalten wird.

Die Krise, die wir gegenwärtig erleben, ist auch eine Reinigungsphase, aber mit diesem Begriff ist ihr Inhalt noch bei weitem nicht erschöpft. Sie wirkt sich zunächst aus in den anderthalb Millionen Arbeitslosen, die wir gegenwärtig haben, in der weitgehenden Kurzarbeit und ähnlichem mehr. Veralgemeinerung der Krise macht es nötig, nach einer allgemeinen Ursache zu suchen, und eine solche ist die Kreditlage in Deutschland. Durch sie ist herbeigeführt worden, daß die Banken einem Zinssatz von 14 bis 18 Proz. erheben, der natürlich für kleine und mittlere Betriebe ganz unerträglich ist. Auch gegen die Kontingentierung der Kredite in der jetzigen Form ist mancherlei einzuwenden. Der Uebergang dazu erfolgte 1924 mit der Absicht, die außerordentlich

gefährliche Labilität des Marktes zu hemmen, und war damals notwendig. Eine andere Kontingentierung als eine rein schematische war damals auch gar nicht möglich. Aber auf die Dauer ist diese Kontingentierungspolitik nicht aufrechtzuerhalten.

Ebenso gering ist die währungsrechtliche Bedeutung der gegenwärtigen Kontingentierungspolitik. Die Deckung der Reichsbank gegenüber dem Notenumlauf beträgt nicht weniger als ungefähr 60 Proz., obwohl die Drittelddeckung vor dem Kriege schon einen ziemlich hohen Satz bedeutete. Darüber hinaus verfügt die Reichsbank über erhebliche Devisen. Angesichts dieser Sachlage sollte man endlich auch einmal mit dem Gedanke von der Gefahr einer neuen Inflation aufhören; denn die Note war während der Inflation echte Geldschöpfung, jetzt aber wird keine hinausgegeben ohne genügende Sicherheit dafür, was wiederum abhängig ist vom Stande der Produktion. Die Reichsbank kontrolliert jetzt Wechsel im Betrage von ungefähr 3 Milliarden Mark. Das aber ist nur ein Bruchteil von den tatsächlich umlaufenden Wechseln, deren Höhe auf etwa 10 Milliarden Mark veranschlagt werden darf. Diese Wechsel versehen eine Zahlungsfunktion, ersetzen also die Reichsbanknote und nehmen so der Kontingentierungspolitik in hohem Maße ihre währungsrechtliche Bedeutung.

Es wird jetzt behauptet, daß das Betriebskapital vernichtet sei. Das gilt aber nur bis zu einem gewissen Grade, denn auch früher sind die Depositen und Spargelder nicht flüssig, sondern zu einem großen Teil fest angelegt gewesen. Bei uns bestimmt jetzt der Diskontsatz nur den direkten Verkehr mit der Reichsbank. Dadurch erhält ein Teil der Wirtschaft ein bestimmtes Privileg, während der andere Teil erheblich benachteiligt wird. Daraus ergibt sich, daß der Diskontsatz für unsere Kreditpolitik eine geringe Bedeutung hat. Aus diesem Grunde wäre es auch völlig falsch, wenn sich die öffentliche Meinung einseitig nur auf Herabsetzung des Diskontsatzes festlegen wollte. Beseitigt man vielmehr werden die jetzige Kontingentierung. Das Kontingent wird jetzt nicht voll ausgenutzt, weil die Großbanken einen gewissen Spielraum haben müssen, ganz abgesehen davon, daß bei einer verringerten Produktion auch geringere Kredite verlangt werden. Die Reichsbank will eine Lockerung der Kontingentierung vornehmen. Das ist gut, aber nicht genug. Gründlich kann hier nur die Rückkehr zur Goldwährung und der ihr entsprechenden Kreditpolitik helfen, weil ganz allein dadurch die Politik der Reichsbank aufhört, das Schicksal der Wirtschaft zu sein. Das würde gleichzeitig das Kreditmonopol der Banken zerstören, und die Notenbank zum Konkurrenten der geldgebenden Banken machen. Das bedeutet später niedrigere Zinssätze und bedeutet sofort Kredite für denjenigen Teil der Industrie, der, wie gegenwärtig, wohl Aufträge hat, aber aus Mangel an Kapital nicht produzieren kann.“

Genosse Hilferding betonte zum Schluß seiner Ausführungen, daß sich die jetzt tobende Reinigungskrise vollenden müsse, daß aber daraus hervorzugehen habe eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie. Und dazu könne neben Milderung der Handelspolitik, der Kartellpolitik, des Aktienrechts, bei Aufrechterhaltung des Lohnniveaus und der Sozialpolitik auch während der Krise vornehmlich die Reichsbank beitragen.

Nach Hilferding nahm vor allem ein Vertreter der Reichsbank wieder das Wort, um zu erklären: Die Kredite würden von der Reichsbank gegeben nach dem Gesichtspunkt der vorhandenen Sicherheit und auch der Wirtschaftlichkeit. Sie versucht, auf diesen zweiten Grund einen größeren Nachdruck zu legen, und das sei der Urbezug dessen, was die Reichsbank als Lockerung ihrer Kreditpolitik angeündigt hat. Namentlich soll auch versucht werden, die kleineren Betriebe in direkten Verkehr mit der Reichsbank zu setzen, was durch die Nebenanstalten durch entsprechende Anforderung geschehen kann.

Reichsbürgschaft für Düngemittelkredite.

Aber keine direkten Subventionen für die Landwirte.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages beschäftigte sich am Freitag mit einer Vorlage der Reichsregierung, einem zu bildenden Bankentwurf, das den Stickstoff aus langfristigen Kredit absehen will, eine Ausfallgarantie bis zur Höhe von 20 Millionen zu gewähren. In den letzten Monaten stiegt der Absatz von Düngemitteln und die Gefährdung der nächstjährigen Ernte rückt in bedrohliche Nähe. Die Landwirte verspüren keine Reue, Dünger abzunehmen, wenn sie nicht die Sicherheit haben, daß die Wechselbeträge bis nach der kommenden Ernte gestundet werden. Zu einer solchen Stundung ist ein zu bildendes Bankentwurf bereit, wenn neben dem Stickstoffkredit auch das Reich eine Ausfallgarantie bis zu 20 Millionen übernimmt.

In der Debatte wurden von allen Rednern Bedenken gegen die Vorlage der Reichsregierung geäußert. Auch die bürgerlichen Parteien machten der Regierung heftige Vorwürfe, daß sie nicht rechtzeitig die Gefahren erkannt habe, die von der Störung des Düngereinfuhrs drohen. Sie verlangten, das Reich solle bis zu 10 Millionen zur direkten Verbilligung der Düngemittel auswenden. Genosse Schmidt-Köpenick bekämpfte diese Art von Subvention. Erst vor kurzem habe der Reichskanzler die geplante Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung scharf abgelehnt. Dennoch könne unmöglich der Düngemittelindustrie und den Landwirten nun Mittel des Reiches überwiesen werden, die doch zum erheblichen Teil durch die breite Masse des Volkes ausgebracht werden. Die Vertreter der Landwirte hätten mit aller Entschiedenheit die freie Wirtschaft geordert und mühten auch nun daraus die Konsequenzen ziehen. Die sozialdemokratische Fraktion sei bereit, alle Mittel anzuwenden zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion. Auch müsse man bedenken, daß bei den Stickstoffwerten bereits ein Lagerbestand von 130 000 Tonnen vorhanden sei, so daß Arbeiterentlassungen drohen. Der Regierungsvorlage könne man deshalb zustimmen. Zur Sicherung der Reichsinteressen sei jedoch die Annahme des sozialdemokratischen Antrags erforderlich, daß die Regierung bei der Uebernahme dieser Ausfallgarantie darauf zu achten habe, daß diese Kreditaktien nur für das Düngemittelgeschäft gilt, das auf Grund dieses Regierungsvorschlages künftig zustandekomme und nicht zur Abwicklung zurückliegender Verpflichtungen dienen dürfe.

Die Regierungsvorlage wurde mit dem sozialdemokratischen Zusatzantrag angenommen. Die Anträge auf direkte Verbilligung wurden abgelehnt. Aber auch die sozialdemokratische Entschloßung wurde abgelehnt, die Reichsregierung zu eruchen, sich das Recht zu wahren, eventuelle Ausfälle von den beteiligten Fabriken zurückzuerlangen.

Die thüringische Krise.

Abgelehntes Mißtrauensvotum. — Der Zwist im Regierungslager.

Weimar, 18. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Am Freitag wurde im Thüringischen Landtag über das von der Sozialdemokratie eingebrachte Mißtrauensvotum wegen der

außenpolitischen Haltung der Regierung abgestimmt. Die Böttischen, der Landbund und die Deutschnationalen, die noch vor acht Tagen der Regierung ihre schärfste Mißbilligung wegen ihrer Haltung zu Locarno ausgesprochen hatten, stimmten mit der Deutschen Volkspartei und einem Beamtenvertreter des Deutschen Beamtenbundes gegen das Mißtrauensvotum. Das Votum wurde infolgedessen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt. Die Demokraten enthielten sich der Stimme. Welchen Preis die am Donnerstag umgebildete Regierung für ihre Existenz den Böttischen zu zahlen hat, wird die nächste Zukunft lehren.

Im übrigen dürfte die jetzt vollendete Umbildung der thüringischen Ordnungsbildung noch verschiedene Nachspiele haben, wenn sich die feindlichen Brüder im Ordnungsbund erst einmal von dem Schreck des sozialdemokratischen Mißtrauensantrages erholt haben. Es ist jetzt festzustellen, daß in den Wochen, in denen von einer Regierungskrise in Thüringen die Rede war, die Lüge eines der beliebtesten Mittel gewesen ist, um die öffentliche Meinung in unklare zu halten. Darüber hinaus sind aber die an der Regierungskrise stark interessierten Böttischen sowohl von der Staatspreßstelle als auch von dem Vorsitzenden des thüringischen Staatsministeriums fortgesetzt im unklaren gehalten worden. Wir erwähnen z. B., daß die staatliche Preßstelle dem Vertreter des Wolffschen Telegraphenbureaus auf eine Anfrage über den Stand der Regierungskrise die objektiv un wahre Mitteilung gemacht hat, die völkische Forderung nach zwei Staatsratsstellen habe bei der Regierung keine Gegenliebe gefunden, und die Telegraphen-Union in Weimar will vom Staatsminister Deutheuser persönlich auf die Frage, ob es wahr sei, daß die völkische Freiheitspartei von ihm den sofortigen Rücktritt verlangt habe, beschieden worden sein, daß an dieser in einigen Blättern erschienenen Meldung „kein wahres Wort“ sei. In Wirklichkeit war jenes Verlangen aber zweimal an den Minister Deutheuser gestellt worden. Ein thüringisches demokratisches Blatt bemerkt zu diesen Einzelheiten, die sich wahrscheinlich noch vermehren lassen: „Jedenfalls wurde im Lager der Regierungsparteien gelogen, daß sich die Balken bögen.“

Die finanziellen Schwierigkeiten der Stadt Dortmund sind so ernst geworden, daß voraussichtlich Ende Dezember keine Möglichkeit bestehen wird, die Beamtengehälter voll auszuzahlen. Es wird jetzt wahrscheinlich der Weg beschritten werden, durch Nichtzahlung bestimmter Gehaltssteile die augenblicklichen Schwierigkeiten zu überwinden.

Deutsch-polnische Rechtsabmachungen sind noch längeren Verhandlungen unterzeichnet worden, und zwar zunächst im Familien-güterabkommen zur Regelung der Nachverhältnisse der Adelsfamilie, soweit diese sich teils in Preußen, teils in Polen befinden, eine Regelung des Rechtsilfeverkehrs in Strafsachen und ein Notenwechsel über die Veröffentlichung von Fahndungsersuchen.

Gewerkschaftsbewegung

Die Reichstarifverhandlungen im Baugewerbe.

Gemäß der am 26. November d. J. getroffenen Vereinbarungen der baugewerblichen Epigewerkschaften wurden am 18. Dezember die Verhandlungen zur Schaffung eines Reichstarifvertrages für das Baugewerbe wieder aufgenommen. Den Standpunkt der Bauarbeiterverbände entwickelte der Vorsitzende vom Deutschen Baugewerksbund Pöplow, während der Vorsitzende vom Deutschen Bauernverband Herr Behrens, für die Arbeitgeber sprach. Aus den beiderseitigen Ausführungen ging hervor, daß in den Hauptfragen, nämlich der Arbeitszeit, der Ferien, der Bezahlung sowie der Poliere und Schachtmeister eine Annäherung bisher nicht möglich gewesen ist.

Die Verhandlungen sollen nimmehr im Januar 1926 fortgesetzt werden, und zwar unter Hinzuziehung eines Kollegiums von drei Unparteiischen. Je einen Unparteiischen ernennen die Parteien, den dritten soll das Reichsarbeitsministerium in Vorschlag bringen. Die Parteien waren sich darüber einig, daß die Unparteiischen nicht ein Schiedsgericht bilden, sondern lediglich die Verhandlungen fördernd beistehen sollen.

Die Arbeiter bei der Reichspost gehen leer aus.

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost verabschiedete am Freitag in dritter Sitzung die Vorlage über die Errichtung einer Versorgungsanstalt für die Angestellten und Arbeiter der Deutschen Reichspost. In der zweiten Sitzung wurde nach langer Debatte eine wesentliche Verschärfung des § 36 beschlossen. Die Renten der Arbeiter und Angestellten aus der Invalidenversicherung und der Versorgungsanstalt sollen die Pension eines vergleichbaren Beamten nicht übersteigen. Auf Antrag des Abgeordneten Bender (Sax.) wurde die alte Fassung, nach der nur dann, wenn zwei Drittel des Gesamtertrages die Pension des Beamten übersteigen, eine Kürzung eintritt, wiederhergestellt. Die Errichtung der Versorgungsanstalt tritt am 1. April 1926 ins Leben; als Sitz wird Dresden bestimmt.

Im weiteren Verlauf der Beratungen lehnte gegen 6 Stimmen der Verwaltungsrat einen Antrag ab, durch den der Reichspostminister ersucht werden sollte, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß auch die Notnahmehäufigkeit der Beamten beschränkt werde, auf die Reichspostarbeiter übertragen werden sollte.

Das Spiel mit den Eisenbahnarbeitern.

Am Freitag fand im Reichsarbeitsministerium mit den Vertretern der Organisationen der Eisenbahner eine Besprechung über die Einleitung der zur Befregung des Rohstoffes bei der Reichsbahn notwendigen Schlichtungsverhandlungen statt. Das Reichsarbeitsministerium erklärte, daß es bis zur Stunde einen geeigneten Schlichter noch nicht habe bestellen können; es sei kaum damit zu rechnen, daß die Schlichtungsverhandlungen noch vor Weihnachten stattfinden. Die Vertreter der Organisationen forderten nachdrücklich, daß die Verhandlung, wenn wirklich nicht mehr vor Weihnachten, dann unter allen Umständen sofort nach den Feiertagen stattfinden, damit mindestens bis zur Jahreswende die nun schon seit Monaten verschleppte Lohnaufbesserung der Eisenbahnarbeiter geregelt und der etwaige Lohnstillstand aus der Welt geschafft wird.

Infolge der geradezu unerträglichen Hinhalte-Taktik der Reichsbahnverwaltung, die nach der kürzlich stattgefundenen ersten Besprechung mit den Organisationsvertretern eine volle Woche brachte, um zu erklären, daß sie nichts zahlen wolle, stehen nun die Eisenbahnarbeiter vor Weihnachten mit leeren Händen da.

Wirtschaftsbeihilfe für die städtischen Arbeiter.

Entsprechend den Beschlüssen des Reichstages hat der Berliner Magistrat beschlossen, den Beamten und Angestellten der Besoldungsgruppe 1-3 eine Wirtschaftsbeihilfe von 30 M., sowie eine Frauenbeihilfe von 10 M. und für jedes Kind 5 M. zu zahlen.

Die Stadtverordnetenversammlung am Dienstag beschloß, auch den städtischen Arbeitern diese Wirtschaftsbeihilfe zu gewähren. Der Magistrat ist diesem Beschlusse der Stadtverordnetenversammlung nicht nachgekommen. Im Auftrage der Tarifkommission für die Kammer- und Reglearbeiter hat die Ortsverwaltung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter am 17. Dezember 1925 dem Magistrat den nachstehenden Antrag überreicht:

„Auf Beschluß der Reichsregierung und des Magistrats wird den Beamten und Angestellten des Reichs und der Stadtgemeinde Berlin eine Wirtschaftsbeihilfe in Höhe von 30 M., dazu 10 M. Frauenbeihilfe und je 5 M. für jedes Kind gezahlt.“

Wir beantragen, diese Beihilfe im gleichen Ausmaße den bei der Stadt Berlin beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen zu zahlen.“

Dieser Antrag ist auch den Direktionen der städtischen Aktien-Gesellschaften der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, und der Direktion der Gasbetriebsgesellschaft sowie der Charlottenburger Wasserwerke, Aktiengesellschaft, übermittelt worden.

Die Notwendigkeit der Zahlung einer Wirtschaftsbeihilfe an die Arbeiter und Arbeiterinnen findet ihre Begründung in der Tatsache, daß ein Vergleich der Einkommensverhältnisse der Arbeiter gegenüber den Beamten und Angestellten, besonders mit höherem Dienstalter, außerordentlich zu ungunsten der Arbeiter ausfällt.

Wir erwarten, daß die städtischen Körperschaften entsprechend dem Antrage der Stadtverordnetenversammlung und dem Antrage des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter die Wirtschaftsbeihilfe auch den städtischen Arbeitern und Arbeiterinnen zugestehen.

Die Arbeitszeit in den städtischen Betrieben.

Mit den Stimmen der sozialdemokratischen Fraktion und der Kommunisten ist in der Stadtverordnetenversammlung am 17. Dezember beschlossen worden:

„In allen städtischen Betrieben und Verwaltungen und in den städtischen Gesellschaften ist für alle Arbeiter und Angestellten die 48stündige Arbeitszeit einzuführen, resp. strikte innezuhalten.“

Ueberstunden, die ausnahmsweise geleistet werden müssen, sind in der darauffolgenden Woche durch entsprechende Freizeit auszugleichen. Der Magistrat wird ersucht, die Mitglieder der Aufsichtsräte anzuweisen, daß dieser Beschluß durchgeführt und streng beachtet wird.“

Angeichts der gewaltigen Arbeitslosigkeit ist es notwendig, daß dieser Beschluß nicht nur eine schöne Geste bleibt, sondern daß er auch durchgeführt wird.

In den städtischen Betrieben sind es die Pflegenstellen, die teilweise eine wesentlich längere als eine 48stündige wöchentliche

Arbeitszeit haben. Das Haus- und Küchenpersonal in den Krankenanstalten, das gesamte Personal in den Irrenanstalten ist verpflichtet, in der Woche 54 Stunden zu arbeiten.

Ebenso besteht für die Schichtarbeiter der Gas- und Wasserwerke die Verpflichtung, bis zu 53 1/2 Stunden zu arbeiten. Die normale Arbeitszeit im Betriebe der Straßenbahnen beträgt 9 Stunden. Dazu kommt, daß in der letzten Zeit das Ueberstundenwesen sowohl in Kammereibetrieben wie auch in den Werken einen ganz erheblichen Umfang gewonnen hat. Die Betriebsräte und der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter haben in der letzten Zeit wiederholt Betariastung nehmen müssen, sich gegen das Ueberstundenwesen zur Wehr zu setzen. Angesichts der wirtschaftlichen Lage ist es eine unbedingte Notwendigkeit, daß der Magistrat alles tut, um die Arbeitslosigkeit zu beheben. Dazu gehört in erster Linie die Durchführung der 48stündigen Arbeitszeit in den städtischen Betrieben.

Wir erwarten, daß den Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung nicht nur in den Kammereibetrieben, sondern auch in den städtischen Werken in vollem Umfange Rechnung getragen wird. Die sozialdemokratische Fraktion wird, getreu ihren Grundgedanken, alles daran setzen, um den reinen Achtstundentag und damit die 48-Stunden-Woche, in den städtischen Betrieben zur vollen Durchführung zu bringen.

Von der Amerikareise.

Schumanns Bericht im Verkehrsband.

In einer sehr gut besuchten Funktionärsversammlung des Verkehrsbandes am Montag im „Deutschen Hof“ gab der Verbandsvorsitzende Genosse Oswald Schumann einen anschaulichen und sehr reichhaltigen Bericht über die Amerikareise der deutschen Gewerkschaftsdelegation. Unsere Aufnahme drücken, so führte Schumann aus, war sowohl bei den Gewerkschaften wie auch bei den Behörden und Regierungsstellen sehr gut. Was den Teilnehmern an der Reise während ihres sechsmonatigen Aufenthaltes gezeigt wurde, übertraf bei weitem ihre Erwartungen. Der Deutsche begegnet hier bei weitem besseren Verhältnissen und kann sich nicht ohne weiteres in das Sozialleben des Amerikaners verliehen. Erst bei längerem Verweilen im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten lernt man die Sitten und Anschauungen des Amerikaners verstehen. Besonders eigenartig muten dem deutschen Gewerkschafter die Gebräuche und die Taktik der amerikanischen Gewerkschaften an. Um ihre Einstellung zu begreifen, muß man die Verhältnisse des Landes und die Geschichte seiner Gewerkschaften im Lande selbst studieren. Da bei uns noch herrschende Auffassung, die amerikanischen Gewerkschaften seien keine Kampfgewerkschaften oder gar etwa mit unseren gelben Gewerkschaften zu vergleichen, ist gänzlich haltlos. Die amerikanischen Gewerkschaften müssen genau wie die Gewerkschaften anderer Länder Kämpfe um die wirtschaftliche Besserstellung ihrer Mitglieder führen. Nur die Art der Kampfführung muß uns sonderbar vorkommen. Das erklärt sich aus der anders gearteten Einstellung der amerikanischen Arbeiterschaft, der Struktur der Wirtschaft des Landes und schließlich auch aus der Rechtsprechung. Der sozialistische Gedanke ist den amerikanischen Gewerkschaften fremd. Dort, wo sich sozialistische Ansätze zeigen, sind sie sehr oberflächlich und unklar.

Interessant waren die Ausführungen Schumanns über das Organisationsverhältnis der einzelnen Berufsgruppen. Während einige Berufsgruppen sehr gut organisiert sind, können andere dagegen nur schwer für die Organisation gewonnen werden. Besonders schlecht sind die ungelerten Arbeiter im Handel, der Hauswirtschaft sowie der Kommunal- und Staatsbetriebe organisiert. In der letzten Zeit machen sich jedoch auch in diesen Berufsgruppen Ansätze zum gewerkschaftlichen Zusammenstehen bemerkbar. Die Erziehung veränderter Berufe in einer Industriearbeiterschaft, wie es in Deutschland schon meist der Fall ist, findet man bei den amerikanischen Gewerkschaften noch nicht. Ein geistlicher Arbeiter fehlt. Dafür ist der amerikanische gewerkschaftlich organisierte Arbeiter in seiner Gewerkschaft gegen Unfall, Krankheit, Arbeitslosigkeit und Arbeitsunfähigkeit infolge hohen Alters versichert, so daß er keineswegs schlechter dasteht als sein deutscher Genosse. Im Gegenteil, durch die gewerkschaftliche Sozialversicherung ist ein stärkeres Bindemittel geschaffen. Schumann schilderte dann die Unterschiede zwischen der deutschen und der amerikanischen Produktionsweise. Die amerikanische Produktion sei mehr auf Zweckmäßigkeit als auf Feinheit eingestellt. Die amerikanischen Fertigprodukte sind in ihrer Ausführung viel roher als die deutschen. Die sogenannte Handarbeit in den Ford-Betrieben bedeutet nur für einen verschwindend kleinen Teil der Arbeiterschaft ein bequemeres Arbeiten. Für den größten Teil der Arbeiter ist sie eine Arbeitsqual, die gewaltige Nervenzerrüttungen nach sich zieht. Sicher ist, daß durch diese mörderische Arbeitsmethode der Arbeiter bald verbraucht wird. Auch in amerikanischen Gewerkschaftskreisen ist man der Auffassung, daß diese Arbeitsmethode nur für einen bestimmten Zeitraum durchführbar ist. Sie muß schließlich zu Produktionschwierigkeiten führen, die die gleichen schweren Wirtschaftskämpfe nach sich ziehen werden wie in Deutschland. Dann wird der Zeitpunkt kommen, wo auch in den amerikanischen Gewerkschaften der sozialistische Gedanke Wurzel faßt. Es gilt jetzt, die angebotenen freundschaftlichen Beziehungen mit den amerikanischen Gewerkschaften aufrechtzuerhalten und sie weiter auszubauen zum Vorteil der gesamten internationalen Arbeiterbewegung.

Reicher Beifall lohnte die Ausführungen des Redners. Hierauf gelangte eine Entschließung zugunsten der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens einstimmig zur Annahme. Die Versammlung fordert vom Reichstag und der Reichsregierung die sofortige Vornahme der Ratifikation, ohne Ausnahme des Artikels 14 des Abkommens.

Tarifverhandlungen im Bankgewerbe.

Wie der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten mitteilt, sind die Tarifverhandlungen für das Bankgewerbe auf Dienstag, 22. Dezember 1925, angelegt worden. Zum Schlichter hat der Reichsarbeitsminister den Herrn Staatssekretär a. D. August Müller bestellt.

Der „Wirtschaftsausschuß“ für das Ruhrgebiet.

Die Gewerkschaften verzichten auf diese weiße Salbe.

Essen, 18. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Durch einen Erlaß des Reichswirtschaftsministeriums vom 27. Oktober ist ein Wirtschaftsausschuß für das Ruhrgebiet eingesetzt worden, der die Aufgabe hatte, die von den verschiedenen Seiten des Ruhrgebietes durchgeführten und beabsichtigten Betriebsstillegungen- und -einsparungen nachzuprüfen, sowie sich auch zu der Frage der Unterbringung der arbeitslosen Belegschaften zu äußern. Dem Ausschuß gehörten Vertreter der Gewerkschaften, der Unternehmer und der Behörden an. Der Ausschuß hat sich wiederholt zu verschiedenen Stilllegungsmaßnahmen in seinen Berichten an das Reichswirtschaftsministerium geäußert und auch eine ganze Anzahl von Verbesserungsvorschlägen gemacht. Die Reichsregierung hat jedoch weder zu den prinzipiellen Versicherungen noch zu den konkreten Vorschlägen zu den Einzelfällen jemals Stellung genommen, so daß die Vertreter der Gewerkschaften schon mehrfach die Absicht äußerten, ihre Komten in dem Ausschuß niederzulegen. Da sich jetzt herausgestellt hat, daß dem Stilllegungsausschuß keine

reellen Befugnisse eingeräumt werden sollen und auch die von den Gewerkschaften gemachten Verbesserungsvorschläge die ihnen gebührende Beachtung nicht finden, haben die Vertreter der Gewerkschaften beschlossen, ihre Komten niederzulegen und den zuständigen Stellen davon Kenntnis zu geben.

Die Krise in Westfalen.

Hörde, 18. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) In der vorigen Woche wurden im Hörder Bezirk 11000 Arbeitslose gezählt. Inzwischen ist das Heer der Erwerbslosen auf über 14000 angewachsen. Das ist mehr als die Hälfte der gesamten Arbeiterschaft im Hörder Bezirk. Auf 153000 Einwohner entfallen somit 10000 Unterstützungsempfänger. Dieser wirtschaftliche Zusammenbruch, der die Existenz von tausenden von Arbeitern, Angestellten und Geschäftsleuten in Frage stellt, ist in der Hauptsache auf die rückwärtslosen Stilllegungen der südlichen Kantzechen und auf den Abbau grohindustrieller Betriebe zurückzuführen. Die neu hinzugetretenen Erwerbslosen rekrutieren sich aus Arbeitern und Angestellten der Grohindustrie sowie aus den Kreisen des Handels und der kleineren Betriebe.

Die Arbeitslosigkeit in Ostpreußen.

Seibitz in den rein ländlichen Teilen der Provinz preißt die Arbeitslosigkeit immer weiter um sich. Am 9. Dezember waren über 33000 Arbeitsuchende gemeldet, gegen knapp 15000 um die gleiche Zeit im Vorjahre.

Die Lage der Arbeiter in den besetzten Gebieten.

Der Reichstagsausschuß für die besetzten Gebiete besuchte sich am Donnerstag mit der Lage der rund 9000 Arbeitnehmer, die im besetzten Gebiet wohnen, aber im Saargebiet ihre Arbeitsstelle haben. Sie leiden unter den unmöglichen Eisenbahnverbindungen zwischen dem Rheinland und dem Saargebiet mit den langen Grenzaußenhalten infolge der Jollabfertigung, vor allem aber unter den Folgen der französischen Valuta, wodurch ihre Frankensöhne zum Teil hinter der deutschen Erwerbslosenunterstützung zurückbleiben. Der Ausschuß beschloß zunächst, für eine teilweise Erstattung der Fahrtkosten für die Eisenbahnfahrt einzutreten. Weitergehende Anträge auf Gewährung von Reichsunterstützung zum Lohnausgleich sollen später zur Verhandlung kommen.

Das Arbeitslosenelend in Deutschösterreich.

Wien, 18. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die Arbeitslosigkeit nimmt in ganz Oesterreich in erschreckender Weise zu. In Wien erweist sich jeder elfte Einwohner, in Linz sogar jeder fünfte Einwohner erwerbslos.

Der Boykott gegen Siemens-Schuckert in Irland.

Die Siemens-Schuckert Bau-Union errichtet ein Elektrizitätswerk am Shannonfluß in Irland. Da die Firma sich weigert, mit den irischen Gewerkschaften eine Regelung über die Lohn- und Arbeitsbedingungen für ihre Arbeiter in Limerick zu treffen, sondern mit Vereinen ehemaliger Soldaten, eine Art gelber Gewerkschaften, Abmachungen getroffen hat, die einen starken Bohndruck samt einer verlängerten Arbeitszeit bedeuten, hat die Gewerkschaftszentrale samt der irischen Arbeiterpartei die Baustelle in Limerick boykottiert. Wie erbittert die Arbeiterschaft über das Verhalten der Firma ist, geht daraus hervor, daß nach einem Bericht von I.T.B. am Mittwochabend zwei Ueberfälle auf Materialtransporte der Firma erfolgten. Bei Birdhill wurde ein Lastwagen mit Material für die Shannonbauten von Bewaffneten angehalten und in Brand gesteckt. Ein Lastschiff mit einer Ladung Schwefel auf dem Kanal zwischen Limerick und Dromineer wurde ebenfalls von Bewaffneten angehalten, die unter der Androhung, das Schiff in Brand zu setzen, dem Kapitän das Verprechen abnahmen, sein Material mehr für die Shannonbauten zu befördern.

Irland ist die Wiege des Boykotts, der dort scharf geführt wird. Die Firma Siemens-Schuckert wird sich schon heute sagen müssen, daß es schließlich vorteilhafter für sie und ihr Bauwerk gewesen wäre, wenn sie sich von vornherein mit den Gewerkschaften verständigt hätte. Daß sie im Auslande nicht mit deutschen Löhnen, sondern mit den ortsüblichen Bedingungen zu rechnen hat, müßte ihr von vornherein klar sein. Wenn sie sich über diese Selbstverständlichkeit hinwegsetzen zu können glaubt, dann muß sie auch die Folgen tragen. Gegen den Willen der organisierten Arbeiterschaft des ganzen Landes wird sie ihren Bau kaum hochbringen. Will sie erst durch Schaden klug werden, so ist das ihre Sache.

Forderungen der Bauarbeiter in New York.

Die im New Yorker Baugewerbe beteiligten 37 Gewerkschaften haben den Unternehmern erneut Forderungen unterbreitet, die, wenn sie erfüllt werden, geeignet sind, auf die gesamten dortigen Mietverhältnisse revolutionierend zu wirken. Die Bauarbeiter waren die Pioniere in der Achtstundentagbewegung; dann kam die 44-Stunden-Woche, die den halben freien Sonabend brachte. Nun wird die fünfjährige Arbeitszeit in der Woche gefordert, da die gegenwärtige vierstündige Arbeitszeit am Sonabend von den Arbeitern als unökonomisch betrachtet wird, angesichts der Tatsache, daß die meisten Arbeiter zwei Stunden Fahrzeit benötigen, um vier Stunden arbeiten zu können. Die allgemeinen Lohnforderungen lauten 12 Dollar pro Tag (50 M.) für gelernte und 9 Dollar für Hilfsarbeiter, während bisher die Höhe 10,50 Dollar für gelernte und 7 bis 9 Dollar für Hilfsarbeiter betragen. Die Maurer verlangen eine Lohnsteigerung von 12 auf 16 Dollar pro Tag. Da das Baugewerbe in New York seit Jahren gute Konjunktur hat, betrachten die Bauarbeiter ihre Forderungen als günstig.

Betriebsratswahlen bei der Berliner Straßenbahn.

Am 16. Dezember haben die Wahlen zum Betriebsrat (Arbeiterrat) im Betriebe der Berliner Straßenbahn-Vetriebs-G. m. b. H. stattgefunden. Der Ausgang dieser Wahl brachte der freigewerkschaftlichen Liste 21 von 28 Sitzen. Ueber 2500 Leute sind bei der Abstimmung ferngeblieben, wodurch die Wahlen einen seltenen vorübergehenden Erfolg erzielten.

Die Sparkasse der Banf der Arbeiter, Angestellten und Beamten K. G. Berlin, Wulst. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabend von 9-3 Uhr und 5-7 Uhr, Sonnabends von 9-1 Uhr geöffnet.

Abend, Nummer 1 Am Montag, 21. Dezember, 7 Uhr. Vertrauensmänner- und Funktionärsversammlung in Sonnerlands Hof. Neue Reichsrichtungs- und Rechtsrat. Stillnahme zur Wokreolina der Betriebsräte bei einigen großen Firmen.

Zentralverband der Arbeiter, Arbeiter Berlin und Umgebung.

Verantwortlich für Inhalt: Ernst Reuter; Wirtschaft: Walter Gatermann; Gewerkschaftsbewegung: A. Steiner; Redaktion: R. D. Böcher; Soziales und Politisches: Fritz Kahlert; Anzeigen: Th. Glöck; (amtlich in Berlin). Verlag: Bornhörs-Berlin G. m. b. H., Berlin, Druck: Bornhörs-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 48, Lindenstraße 2, Gleiza 3 Hellagen und „Unterhaltung und Wissen“.

Handgemacht **Rahma-buttergleich**
MARGARINE



Zu den „dunklen Erscheinungen“ der Weltstadt gehört auch das vier- und sechsbekige Ungeziefer vom Floh bis zur Ratte. Den Wanzen, Schwaben, Katerläusen, Mäusen und Ameisen hat der Mensch den Kampf bis auf's Messer angelegt. Aber auch nur angefangen und nicht restlos durchgeführt, da er eben kaum durchführbar ist. Es gibt noch Millionen und aber Millionen von dem, was da läuft und freucht, und sich munter seines Parasitenlebens erfreut. Es ist kein angenehmes Scharmügel, (Scharmügel sind übrigens nur in der Phantasie von Kriegsberichterstellern und Generalen angenehm). Dieser Vernichtungszug gegen die Marodeure der Naturhartnäckigkeit und nimmermüdes Zapaden sind die Voraussetzungen des endlichen Sieges, dreifache Anstrengung ist notwendig, um den unheimlich fruchtbareren Lufteinatmern den Garaus zu machen.

Das Laboratorium.

Seit Jahren führen zahlreiche Kammerjäger einen unerbittlichen Feldzug gegen das Ungeziefer, mit dem Erfolg, daß das Getier zwar vermindert, sonst aber fortlebt. Zwar ähnelt der moderne Kammerjäger nicht mehr dem Rattenfänger von Hameln, nicht mehr jenem Karikatur, wie sie alte Abbildungen brachten, bewaffnet mit Fiste und riesiger Insektensprüher, doch der Erfolg blieb immer zweifelhaft, wenn nicht einheitlich vorgegangen wird. Der Anfang hierzu ist bereits mit den Ratten-Geschloßkämpfen gemacht. Doch viel wird noch zu tun sein, um das Ungeziefer auszurotten. Der moderne, geschulte Kammerjäger hat sein Bureau, in denen Zeichnungen, Abbildungen und Tabellen mit schreckenerregenden Verwundungsziffern der „Hausstiere“ hängen. Dann kommt der wichtigste Teil seines Geschäftes — das Laboratorium. In dieser „Werkstätte“ wird der Körper, das Pulver, oder sonst ein Mittel geräutert, gemischt und zusammengestellt. Risten und Kästchen, riesige Metallflaschen und Blechballons mit allen möglichen Flüssigkeiten gefüllt, stehen wohlgeordnet in den Regalen. Dort hängen sogar einige Scherzmasken und Schutzbrillen, ohne deren Zuhilfenahme der Kammerjäger heute nicht mehr arbeiten kann. Es ist interessant, mit anzusehen, wie appetitlich aussehende Semmelstücken mit Chloroform getränkt werden, um dann den Ratten zum Fressen vorzulegen zu werden.

Mit Giftgas.

In der ... Straße sind Zimmer von Wanzen zu befreien. Nach den Mitteilungen der Kundin sollten sich die Tiere nur im Bett befinden. „Ne, ne, Herr Kammerjäger, die sitzen bloß im Bett“, warf sie noch auf den Einspruch des Ungezieferkämpfers ein, der behauptete, daß die Wanzen bestimmt auch an anderen Stellen lägen. Frau I. vergoh ganz, daß das Heer der Wanzen Bewegungs-freiheit haben muß und zu nachlässiger Zeit an Wänden und Decken gemütlich herumkrabbelt. In der Tat, der Kammerjäger hatte recht. Unter der Tapete lagen einige, oben im Stuhl befanden

sich mehrere besonders fetts und dann fand er einige Nestschen mit etwa 40 jungen Nachkömmlingen in einem Bilderrahmen. Der Kampf konnte beginnen. Metallgegenstände und Blumen wurden aus dem Zimmer herausgenommen, Fenster und Türen abgedichtet. Auf dem Korridor wurde ein Schlauch an eine Stahlflasche angeschlossen. In dieser Stahlflasche befindet sich Giftgas. Also Gasmaske und Giftbombe sind in Ordnung — die Ausrüstung ähnelt überdies der eines modernen Gashydranten — und die Vergasung des Zimmers konnte beginnen. Das Mundstück des Schlauches wurde in das Schlüsselloch eingeführt. Nach kurzer Zeit war das Zimmer mit Gas angefüllt. Am anderen Tage, nach circa 24 Stunden, wurden viele tote Wanzen aufgefunden, die Beine zum Himmel gestreckt. „Auch die Brut ist abgetötet“, versicherte der Gasmann, „aber trotzdem werden wir noch die zweite Vergasung vornehmen.“ Die Wanzen samt Brut waren tot. Eine andere Kundin behauptete, die Wanzen kämen „durch die Zimmerdecke“. „Denn



Mit Gasmasko gegen die Wanzen.

die da oben, wissen Sie, die machen nicht!“ Sie kamen aber nicht von oben, denn die Decken waren dicht und die Tierchen waren auf irgendeine andere Art in ihre neue Herberge gelangt. Flöhe und Läuse werden auf ähnliche Art durch Vergasung vernichtet. Mit den Flöhen hat es aber seine eigene Bewandnis. Dabei müssen die Hosenbeine zugebunden werden oder entsprechender Gummiplanz angezogen werden, sonst springen sie an und piekschen ihr neues Opfer fürchterlich. Es ist vorgekommen, daß Menschen, in mehreren Fällen Frauen, wegen allzu großer Flohplage erkrankten und ins Krankenhaus eingeliefert werden mußten. Eine Frau soll sogar an den Flohblissen, die wahrscheinlich eine Infektion und Blutvergiftung zur Folge hatten, gestorben sein. Schwaben und Ameisen werden vielfach durch radikal wirkende Streupulver, die mit großen Spritzen in die Schlupfwinkel gespritzt werden, vernichtet.

Die Rattenplage.

Die schlimmsten und schädlichsten Plagegeister der Menschen sind Ratten und Mäuse. Der Mensch verfolgt ohnehin die Ratte mit einem Gefühl des Widerwillens. Sein Gefühl hat recht, denn dieses Tier ist ein ausgesprochen wandelnder Giftschrank. In Millionen werden sie erschlagen, vergiftet oder vom Frangeisen erfaßt. Aber auch zu Millionen entgehen sie schluss und behende ihren Verfolgern, unterhöhlen die Bauwerke der Menschen, vergiften Futter und Vieh, zerstören die Frucht harter Jahresarbeit und schleppen die Keime vieler Krankheiten durch die Welt. In Erkenntnis dieser Gefahr ist jetzt auch bei uns das Gesundheitsamt dazu übergegangen, gegen die zunehmende Rattenplage ins Feld zu ziehen. Interessant ist ein aus der „Times“ entnommener Bericht: „Der Schaden, den die Ratten in England und Indien anrichten, ist unübersehbar groß. Allein in Indien wird die Zahl der Ratten auf 800 Millionen geschätzt. Der Schaden, den sie dort in den letzten 20 Jahren anrichten, ist fünfmal größer als Indiens Nationalprodukt vor dem Kriege. Man nimmt an, daß in Indien jährlich mehr als eine halbe Million Menschen an den von Ratten verbreiteten Giften sterben.“ Man glaubt sogar, daß es mindestens ebensoviele Ratten wie Menschen auf der Erde gibt, wenn nicht gar die in der „Times“ veröffentlichte Nachricht zutrifft, daß es allein in Indien etwa 800 Millionen Ratten gibt. Und jedes Rattenpärchen vermag diese Armee gefährlichster Schädlinge um mehr als 800 Junge zu vermehren. Einige interessante Zahlen geben Aufschluß über den Schaden, den die Ratten anrichten. Hunderte von Millionen in allen Währungen werden den Ratten geopfert. In Deutschland kostet jede Ratte etwa 450 Mark. Ein mit hundert Ratten besetztes Gebiet hat also im Jahre 450 M. aufzubringen, nur um den Hunger der Ratten zu stillen. Man hat berechnet, daß in Deutschland etwa 300 000 Menschen nunterbrochen nur zur Wiedergutmachung des Rattenschadens arbeiten müssen. So nennt z. B. Großbritannien einen jährlichen Rattenschaden von etwa 15 Millionen Pfund, Dänemark von etwa 10 Millionen Kronen. Amerika befreit den Verlust auf die riesige Summe von etwa 200 Millionen Dollar. Diese Statistiken sind aber noch ungenau und würden bei der Zusammenfassung aller Länder geradezu erschreckende und phantastische Zahlen ergeben. Es dauert oft mehrere Wochen, bis die Ratten, die äußerst vorfichtig sind, vertilgt sind. Der Erfolg einer Jagd, die sich z. B. auf ein kleineres Fabrikgebäude erstreckte, waren 78 ausgewachsene Ratten, die hinter Holzstücken und Brettern tot aufgefunden wurden. Und vielleicht vier- bis fünfmal soviel dürften noch in den Schlupfwinkeln verendet sein.

Seltfam — In Europas Laboratorien ist die Intelligenz der Chemiker an der Arbeit, tödlichste Giftgasessenzen zu mischen, um unerbitterliche Kämpfe von Mensch gegen Mensch, Volk gegen Volk zu ermöglichen. Der Feldzug gegen die Armee des Ungeziefers jedoch ist gewissermaßen ein Gasangriff der Vernunft gegen die sinnlos zerstörenden Schädlinge der Natur. Ist es nicht wie ein Symbol? Auch anderswo wuchert das Unkraut, müht das Ungeziefer, schüren die Ratten des Kulturuntergangs Vernichtung und Haß. Aber nicht mit Giftgasattaken wollen wir diesen Schädlingen ans Leder gehen, sondern mit der überlegeneren Waffe der Aufklärung.

Große Verspätungen im Zugverkehr aus dem Osten.

Der aus Pommern und Ostpreußen kommende Zugverkehr hat am gestrigen Freitag in sehr starkem Maße unter den Schneefällen zu leiden gehabt, die in Pommern und Ostpreußen niedergegangen sind und zahlreiche Schneeverwehungen der Gleise hervorgerufen haben. Vor allem ist der D-Zug-Verkehr aus Stettin durch die Schneefürungen stark behindert gewesen und

Die Passion.

Roman von Clara Diebig.

„Meine nicht, mein Seelchen. Es wird bestimmt das gute Damchen zu dir kommen, von der du mir hast so viel Gutes erzählt. Bestimmt, ich schwöre dir! Und wenn du wirst gesund sein, wirst du sie bitten, sie wird uns das Geld geben, nach Hause zu fahren. In meine Heimat. Wir werden glücklich sein, du und ich, wir werden uns taufen einen großen Bauernhof, da haben wir Ruh, Hühner und Gänse. Warte nur! Hab' ich doch auch warten müssen lange. Bin ich schon ganzes Jahr hier. Nun werde ich aber bald gesund sein, und du auch, und wir werden froh werden!“

„Ach, wer doch auch so hoffnungsvoll und so mutig sein könnte wie Wanda! Eva fühlte sich heute niedergedrückt. Besuche waren eigentlich gar nichts Gutes im Krankenhaus, sie brachten zu viel mit sich aus der anderen Welt, in die man jetzt nicht gehörte, und in die man sich nicht hineinfinden konnte, wenn man so lange hier lag.“

Daselbe schien auch die Nachbarin auf der anderen Seite von Eva, die Frau Maurer, zu finden. Diese Frau war nicht mehr jung, aber sie hatte noch kleine Kinder. Und auch größere. Eben war ihr Mann bei ihr gewesen, der hatte das kleinste Kind auf dem Arm; fünf andere standen um das Bett herum. „Und ich habe noch zwei, die sind schon ganz groß“, sagte die Frau. „Arme Leute sollten nicht so viel Kinder haben. Ich habe dabei zuviel gekriegt. Du bin ich ja operiert, ich wäre gesund jetzt, sagen sie. Nächste Woche soll ich raus hier — ach, wie ich mich gräule!“ Sie hob abwehrend ihre Hände und seufzte tief: „Dann geht wieder der alte Krach los. Hier konnte ich mich ruhen. Ich habe mich in meinem ganzen Leben noch nicht so schön ausgeruht.“

Die schien es so schön hier zu finden! Evas Augen, die eben noch geweint hatten, wurden trocken. Ach ja, es war auch eigentlich schön hier. Hier war man unter lauter solchen, denen es nicht besser ging, als es einem selber ging. Hier waren alle gleich. Hier wurde kein Reich mach und keine Mißgunst — hatte sie denn Reiz empfunden, als die Tante von Armas glücklichen Aussichten erzählte? Ach ja! Sie empfand das jetzt erst, so hinterher. Nicht den Herrn neidete sie der Cousine, aber daß sie eine so gute Stelle hatte, eigene Arbeit machen durfte, die nicht bloß Mägdarbeit war. Wie ein unfähiges, beneidenswertes Glück schwebte das Eva vor.

War sie denn von solchem Glück ganz ausgeschlossen? Ihre Augen, ihre Ohren hinderten sie daran. Ach wenn man doch die Ohren abschneiden könnte, die Augen herausnehmen, sich andere einsetzen lassen! Bloß Mägdarbeit! Ach, selbst jede Mägdarbeit würde sie gern machen, wenn sie nur erst kräftiger wäre. Aber würde sie je kräftiger werden?!

Frau Vessel stand an Evas Bett. Der ganze Saal gassie hinüber, was die kleine Willowski für einen feinen Besuch hatte. Mit großen, verärgerten, vor Beseligung schwimmenden Augen sah Eva drein: sie war gekommen, sie war gekommen!

Es war eine solche Inbrunst in Evas „Ach danke“, daß Frau Vessel ganz verlegen wurde und sich innerlich Vorwürfe machte. Wirklich, sie hätte eher zu dem armen Kind kommen sollen. Zehn Wochen lag die Eva nun schon hier. Aber vor ein paar Wochen erst hatte Herr Willowski es ihr mitgeteilt, und denn war sie eben nicht eher dazu gekommen.

„Den Sommer über war ich verreist“, sagte sie zu Eva, „sonst hätte ich selbstverständlich an dich geschrieben, mich einmal erkundigt, warum du denn so gar nichts von dir hören läßt. Daß du krank liegst, das ist ja leider eine traurige Ueberraschung. Aber es wird schon bald wieder besser werden, nicht wahr? Und dann feiern wir Benefizung bei uns draußen im Garten, nicht wahr?“

„Ich bin schon gesund“, flüsterte Eva. Der Garten — der Garten — Frau Vessels Haus — und vor allem sie selber! Das mußte ja gesund machen. Sie fühlte sich auf einmal gar nicht mehr schwach, wie neue Lebenskraft, neuer Lebenswille rann es ihr durch die Adern. „Ach stehe jetzt schon alle Tage ein paar Stunden auf“, sagte sie stolz. „Zur Untersuchung gehe ich auch ins Sprechzimmer, das kann ich schon ganz gut. Bald werde ich rauskommen!“

„Ja, das wollen wir hoffen“, sagte Frau Vessel, als sie sich verabschiedete. Sie gab Eva Geld. „Ach habe dir nichts mitgebracht, weil ich nicht wußte, was du essen darfst. Es kann dir gewiß hier jemand das holen, worauf du gerade Appetit hast, und was dir zu essen erlaubt ist. Und dann laß dir auch eine Briefmarke holen und schreibe mir, wie es dir geht.“ Sie beugte sich über Eva und strich ihr das verwirre Haar aus der Stirn, die schon den Anfaß einer Falte bekommen hatte, querüber, den blaueäbernten bleichen Schläfen zu. „Leb wohl, mein liebes Kind, Gott behüte dich! Wir sehen uns bald wieder.“ Sie ging mit einem Lächeln, das die Grübchen in ihren weichen Wangen vertiefte, und nicht

im Fortgehen auch den anderen Nächstliegenden zu: „Gute Besserung!“

Sie waren alle entzückt von ihr. Es war wie ein Aufbruch in Saal. Wer konnte, reichte den Hals, oder richtete sich ein wenig auf, um ihr noch nachzusehen.

„Die hat leicht freundlich sein“, sagte das heizenhafte alte Weib, das jetzt statt der Frau Maurer auf der anderen Seite von Eva lag, und streckte ihre mageren Greifenfinger wie Krallen aus. „Wenn ich so aussehe und so 'n feines Kleid anhätte und so reich wäre, dann wollt' ich wohl auch freundlich sein. Kein Kunststück für so eine!“

„Meine Frau Vessel“, flüsterte Eva jenseit vor sich hin. So hatte sie die noch nie geküßt.

„Eva“, flüsterte Wanda von der anderen Seite, „Eva, die wird uns auch geben das Geld für nach Hause! Ich bin gewiß.“ Sie war ganz aufgeregert. „Sieh nach, was sie gegeben hat!“

Es war viel Geld: ein Goldstück, zehn Mark! Eva knüpfte es in ihr Taschentuch ein und verbarg es so unter ihrem Kopfkissen; sie lag auf dem Schah.

Aber Wanda konnte heute gar nicht zur Ruhe kommen; immer wieder fing sie von der Dame an: war die schön, war die reich, sah aus wie die Gottesmutter im Gnesener Dom. Und das Geld, das viele Geld, damit kam man schon bis nach Hause! Sehnsüchtig gingen ihre Augen zu Eva hinüber, sie verwandte keinen Blick.

Ueber Eva war es wie eine Vergiftung gekommen. Sie konnte es nicht mehr bei sich behalten, das, was ihre Seele aus dem traurigen Eimerel erhob und entrückte in den Garten voll Sonne und Blumen, in das Haus, durch das die schöne Dame wandelte wie eine Fee. Sie erzählte laut von all dem Glück, das sie da genossen hatte und wieder genießen würde, sie pries ihre geliebte Dame, pries alles, was sie umgab, schilderte es noch weit schöner, weit prächtiger, als es wirklich war, übertrieb, steigerte sich immer mehr und prahlte recht. Freilich, noch lag sie hier auf dem rotgewürfelten Kissen, unter der groben, grauwoollenen Decke, aber bald lag sie da zwischen welchem Vinnen, Stückeri am Kissen, einen rosa Himmel mit Spitzen über sich, mit allseiner Steppdecke zugedeckt. Sie erzählte es wie ein Märchen, aber sie glaubte selber fest an die Wirklichkeit.

Einige lauschten hochachtungsvoll, andere lachten sie aus: wer das glaubte! So eine Aufschneiderin!

(Fortsetzung folgt.)

Diese Züge sind mit bis zu 3% -ständigen Verspätungen in Berlin eingetroffen. Sehr starke Verspätungen hatten auch die durch den polnischen Korridor von Königsberg kommenden Züge, die gleichfalls bis zu zweistündigen Verspätungen aufzuweisen hatten, so daß auch der jahresplanmäßige Verkehr der Anschließzüge in erheblicher Weise ins Stocken geriet. Der übrige Zugverkehr innerhalb Deutschlands vollzieht sich im allgemeinen in normaler Weise, wenn auch auf einzelnen kleineren Strecken infolge der starken Schneefälle Verkehrsstörungen hervorgerufen wurden.

Berlins Wasserversorgung.

Berlin und die Charlottenburger Wasserwerke.

Die Abmachungen, die kürzlich beim Oberpräsidenten zwischen den Charlottenburger Wasserwerken und der Stadt Berlin geschlossen worden sind, werden im Januar die Stadtverordnetenversammlung beschäftigen. Sie bedeuten das Ende eines heftigen Kampfes, der anfänglich des vollständigen Versagens der privaten Aktiengesellschaft im Sommer die Öffentlichkeit stark beschäftigt hat. Die Stadt Berlin soll am 1. Oktober 1928 die Versorgung von Steglitz und Schöneberg übernehmen und für das entsprechende Rohrnetz den Betrag von 2 1/2 Millionen Mark zahlen. Bis dahin liefern die Charlottenburger Werke weiter. Sie behalten auch das Recht, für ihre Lieferung solange ihren unerhöht hohen Tarif beizubehalten. Die Stadt legt im Frühjahr sofort eine neue Druckrohrleitung, um auf alle Fälle bei einem neuen Versagen der Charlottenburger Werke einspringen zu können. Außerdem sind selbstverständlich erhebliche Arbeiten für die Erweiterung der Berliner Wassergewinnung, der Bau einer neuen Zwischenstation und auch der Ausbau des alten Steglitzer Wasserturms notwendig. Die städtischen Werke hoffen, mit ihren Vorbereitungen aber lange vor dem Termin der Uebernahme fertig zu sein. Die Gesamtkosten, die ihnen aus diesen Arbeiten entstehen, werden auf etwa zwölf Millionen Mark geschätzt. Die städtischen Werke sind trotz ihres niedrigen, unter dem Friedenspreis liegenden Tarifes und trotz der jetzt beschlossenen Erhöhung ihrer Abgabe an die Kammerlei in der Lage, diese Kosten aus laufenden Mitteln zu bestreiten. Ebenso werden sie nach das Entgelt für das Rohrnetz aufbringen, ohne die Stadtkasse zu belasten.

Der Vertrag zwischen der Stadt und der privaten Aktiengesellschaft über die Belieferung von Steglitz und Schöneberg war seit langem abgelaufen. Die private Gesellschaft zog daraus die Schlussfolgerungen, daß die stillschweigende Verlängerung dieses Vertrages auf sechs Jahre ihr das Recht gebe, mindestens bis zum Jahre 1930 an der Belieferung festzuhalten. Sie hatte eine entsprechende Feststellungsfrage gegen die Stadt eingeleitet. Die größte Schwierigkeit lag aber darin, daß die Verträge zwischen den früheren Vorortgemeinden und der privaten Gesellschaft, wenn auch nicht der Form nach, so doch der Sache nach richtige Dreiklassenverträge sind. Sie sind für die Ewigkeit gedacht und nehmen den einzelnen Gemeinden fast vollständig jede Möglichkeit, selbst ihre Wasserversorgung zu übernehmen. Es fehlt in diesen Verträgen jede irgendwie geartete Bestimmung für die Uebernahme des Rohrnetzes. Die Werke stellen sich deswegen auf den Standpunkt, daß sie zum Verkauf des Netzes nicht gezwungen werden können. Daraus würde bei wörtlicher Anwendung der Verträge die Stadt gezwungen, ein neues Netz zu legen und das alte herauszunehmen zu lassen. Für die früher vereinigten Gemeinden bedeutete dieser Vorstoß ihrer Verträge eine vollkommene Wehrlosigkeit gegenüber der Gesellschaft, denn keine Gemeinde war auf Grund solcher Verträge imstande, die Privatgesellschaft auszuweichen. Diese Verträge sind Leistungen der früheren, ausschließlich von bürgerlichen Fachmännern geleiteten Kommunalverwaltung. Es kam hinzu, daß die Gesellschaft vom Staate Preußen unter der früheren königlichen Regierung in einer unerhöhten Weise privilegiert und bevorzugt wurde. Für ein Spottgeld hat sie das Wassergewinnungsrecht im Grunewald bis zum Jahre 2000 erhalten. Unter der Herrschaft des Dreiklassenwahlrechts, im Staat und in den Gemeinden waren so die Einwohner der Wälder für der privaten Gesellschaft vollständig ausgeliefert.

Der jetzige neue Vertrag, der für ein wichtiges Versorgungsgebiet in absehbarer Zeit die private Gesellschaft ausschließt und vom Oktober 1928 ab auch für Schöneberg und Steglitz den billigen städtischen Tarif einführt, ist nur möglich gewesen, weil die Werke sich jetzt einem unendlich viel stärkeren Vertragsopfer, der Einheitsgemeinde Groß-Berlin mit ihren eigenen großen Wasserversorgungsanlagen, mit ihrer größeren finanziellen Leistungsfähigkeit gegenüber haben. Auch dürfte der Druck der öffentlichen Meinung die Aussicht auf ein eventuelles Eingreifen der Regierung oder des Landtages der privaten Gesellschaft klar gemacht haben, daß sie auf sich, den Bogen nicht zu überspannen. Auf die Frage der Gesamtübernahme der Charlottenburger Wasserwerke sind die augenblicklichen Verhandlungen nicht ausgebeugt worden. Diese Frage wird aber nicht von der Tagesordnung verschwinden, sie kann es schon deshalb nicht, weil fortlaufend Verträge für einzelne früher selbständige Gemeinden ablaufen. So hat Berlin bereits für das Jahr 1930 die Kündigung für Grunewald und Friedenau ausgesprochen. Im Lauf der Zeit muß sich daraus die Gesamtübernahme der Charlottenburger Wasserwerke durch die Stadt ergeben. Hätten die bürgerlichen Parteien im Jahre 1919 nicht die Vorlage des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten, Genossen Paul Hirsch, über die Verstaatlichung der Charlottenburger Wasserwerke abgelehnt, dann würde heute bereits die ganze Bevölkerung die Vorteile der städtischen Wasserversorgung genießen. Die Ablehnung dieser Vorlage wird damit gezählt, daß der unaufhaltsame Prozeß des Ueberganges in die Hände der Stadt sich sehr zum Nachteil der Berliner Bevölkerung nur schrittweise vollziehen kann.

Die Zeugin Bandura im Bothmer-Prozeß.

Kaum ist Frau Oberst Vogt, eine Tochter des Präsidenten Ried, über die Zuverlässigkeit der Bandura vernommen — sie stellt ihr ein glänzendes Zeugnis aus —, stellt der Erste Staatsanwalt Verlach den Antrag, die Ehecheidungsakten Bothmer gegen Bothmer vom Landgericht Potsdam heranzuziehen zum Beweise dafür, daß Anträge des Grafen Bothmer eingegangen sind, daß die Gräfin es unternommen hat, in den letzten Tagen ihre Rechte Ellnor von Bourdzinski zu veranlassen, dem Grafen von Bothmer Eilber zu schicken und daß die Gräfin hinter dem Rücken des Grafen Sachen verlegt hat. Ueber den Antrag des Staatsanwalts will das Gericht später Bescheid wissen. Hr. Ellnor von Bourdzinski, ein Richter der Gräfin, und der Schwager, Graf Adolf v. Bothmer, verweigern die Aussage. Dann wird als neuer Zeuge ein sechszehnjähriger Arbeitsburche Heinrich Jauer aufgerufen, der mit der Bandura in der Bonbonsfabrik von Rundt-Potsdam gearbeitet hat. Der Zeuge bekundet unter Eid, daß die Frau Bandura eine mit Bonbons gefüllte 25-Pfund-Dose von der Laderampe der Fabrik mitgenommen und in ein Gefäß verpackt habe. Die Bandura sei bald darauf mit ihren beiden Schwestern entlassen worden. Der als Zeuge vernommene sechszehnjährige Arbeitsburche Reinhold Wallbaum hat auch mit der Bandura gearbeitet; von einem Diebstahl will er aber nichts bemerkt haben. Der Zeuge bekundet unter Eid, daß Frau Bandura am Donnerstag auf dem Gerichtskorridor zu den beiden Zeugen geküßert habe: „Na, Ihr seid ja schöne Zeugen, Ihr habt ja mehr geküßt wie ich.“ Diese Aussage verurteilt im Zuhörerzimmer große Bewegung. Sodann wird die Zeugin Elsa Bandura vernommen. Vorfr.: Sind Sie wegen Diebstahls in der Bonbonsfabrik entlassen worden? — Zeugin: Nein, davon ist mir nichts bekannt, und in meiner Kündigung steht auch nichts drin. — Vorfr.: Haben Sie Jauer und Wallbaum gestern gesehen? — Zeugin: Ja, ich habe zu denen gestern auf dem Korridor gerufen: „Ihr seid Heiden und wollt gegen mich ausagen? Ihr habt wohl mehr Bonbons genommen wie ich.“ Auf die Frage des Vorsitzenden, ob sie eine große Büchse mit Bonbons gestohlen und verkauft habe, befreit Frau Bandura dieses ganz energisch. Ihr Entlassungszeugnis lautet: „Frau Bandura wird wegen Arbeitsmangel von uns entlassen. Lebensmittelfabrik Rundt u. Co.“

Bei Kufura der katholischen Geistlichen, die im Prozeß gegen die Gräfin Bothmer vernommen werden sollen, tritt Kaplan Fröhlich von der Bonifatiuskirche in Berlin vor und überreicht dem Vorsitzenden einen Brief. Er ist mit der Schreibmaschine geschrieben und wird verlesen. Er lautet: „Hochwürden! Erlaubt mir ich über das Potsdamer Gerichtsurteil. Es ist wie ein Lobesurteil. Eine Schande, daß sich das Gericht als Sittenrichter hergibt. Der Schreibschreiber versteht überhaupt nichts. Ich bin der Urheber, die Gräfin nicht, Heiter war Mitwisser. Ich stehe heute noch wie vor. Die Nachschlüssel kann sie bekommen. Die Potsdamer Kriminalpolizei, wozu hat sie ihre Nase. Auch ein Richter.“

Abendfeier der Arbeiterwohlfahrt

am Sonnabend, dem 19. Dezember, abends 7 1/2 Uhr in der Aula der Schule Schönfleher Straße 7.

Rezitationen, Gesang, Reigen, Lieder zur Laute.

Karten zu 30 Pf. sind zu haben im Frauensekretariat, Lindenstraße 3, 2. Hof 2 Tr., Zimmer 1, im Lokal Goldschmidt, Stolpische Straße 36, und an der Abendkasse.

Boxerotto.

Boxerotto steht vor Gericht — wahrhaftig nicht das erste Mal. Er ist schon einige zwanzigmal verurteilt, Betrug, Diebstahl, Hehlerei sind die Delikte, die ihm immer zur Last gelegt wurden und wegen deren er einen beträchtlichen Teil seines Lebens hinter „Schwedischen Gardinen“ zugebracht hat. Auch diesmal betrifft die Anklage einen Diebstahlsdelikt, und der Fall zeichnet sich von den anderen dieser Gattung nur dadurch aus, daß wegen dieser Sache schon ein anderer, ein Unschuldiger verurteilt worden ist. Nun wird Boxerotto oder, wie er zur Feier des Tages mit seinem bürgerlichen Namen angeredet wird, Herr L., aus dem Zuchthaus Sonnenburg vorgeführt. Auf dem scharfgeschnittenen Gesicht liegt die ungeliebte Farbe des Zuchthaus, ein Bein steckt tief im Hüftgelenk. Aber trotzdem scheint er guter Laune; er betrachtet die Fabri von Sonnenburg nach Neudölln ansehend trotz der Erhöhung seiner Strafe, die sie ihm zweifelloos einbringen wird, als eine ganz angenehme Abwechslung in seinem einsörmigen Zuchthausleben. Während begrüßt er alte Bekannte im Zuhörerzimmer, lächelnd hört er die Aussage des Zeugen Müller, auf dessen Zeugnis hin damals der Händler D. zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden ist, und erst, als Fräulein B. erklärt, daß Boxerotto damals mit dem Zeugen Müller in ihrer Wohnung war und dort nach ihrer Mutter fragte, nicht er die große Szene auf.

„Jawoll, ich bin bei damals gewesen, weil ich mir inebrockt habe, der frech ist auch aus. Warum soll der arme Kerl denn statt mir drinne sitzen — und bei mir kommt er schon sowieso nicht mehr drauf an. Ist war damals aus Sonnenburg ausgebrochen und hatte mich bei die Frau L. inmietet; der heißt die Frau mußte natürlich nicht, der ist aus' Zuchthaus jetzirt war, sonst hätte sie sich wohl vor solchen Mieter ein Schnuppen geholt. Na, Jedd hatte ich nicht, um moos sollte ich leben? Da mußte ich von Zeit zu Zeit eben so 'ne Krampfleise machen. Un an den Tag war'n mir gerade een paar Bullenreiser, na, Kriminalbeamte, wie Sie die nennen, bejeint, un da jagte ich mir: „Nu is' Zeit, Otto, nu mach dir binne!“ Da habe ich mir der Rad besorcht und bin jetzirt. Aber der andere Mann hat damit gar nicht zu tun.“ — Dieser andere war freilich auf das beschworene Zeugnis zweier Zeugen hin verurteilt worden, nachdem ihn der Geschädigte infolge einer Personenverwechslung auf der Strafe hatte feststellen lassen. Das unumwundene Geständnis des Angeklagten macht eine weitere Zeugenvernehmung überflüssig.

Der Herr Staatsanwalt plädiert. — Es läge zweifelloos Betrug, schwerer Betrug im Rückfall, vor; die Geschichte, die der Angeklagte damals dem harmlosen Friseurjüngling erzählt habe, sei von A bis Z erfunden gewesen. Der Angeklagte sei überdies schon so oft, auch einschlägig, verurteilt, daß man ihm jetzt mildernde Umstände auf keinen Fall zugestehen könne. Also beantragt er eine Zuchthausstrafe von einem Jahr und sechs Monaten, außerdem eine Geldbuße von dreihundert Mark. „Angeklagter, was haben Sie dazu zu sagen?“ — „Was soll ich dazu sagen? Ich sehe mir schon sechs Jahre in' Zuchthaus, jetzt bin ich vierzehn, ich komme doch nicht mehr lebendig raus. Bis dreihundert habe ich jediert. Un, nu soll ich Ihnen etwa um Gnade bitten? Denn sagen Sie doch bloß, der Zuchthausler macht Ihnen hier was vor. Was ich jeton habe, dasor steh ich frade, meinweijens soll der andere nicht unshuldig in' Zuchthaus kommen.“

Boxerottos Plädoyer scheint aber doch nicht ohne allen Eindruck geblieben zu sein. In der Urteilsbegründung sagt der Vorsitzende, daß selbst so zahlreiche Vorstrafen, wie sie der Angeklagte aufzuweisen hat, kein Grund sein können, ihm für einen neuen, anders gelagerten Fall die mildernden Umstände zu versagen. Außer seinem Geständnis sei es dem Angeklagten anzureden, daß er sich damals infolge seiner Furcht zweifelloos in einer Rastlage befand. Otto L. sei diesmal zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten verurteilt; aus der Strafe sei mit seinen übrigen Strafen eine Gesamtstrafe zu bilden. „Angeklagter, nehmen Sie das Urteil an?“ — „Jawoll, ich beruhige mir. Danke schein.“

Von Gefängnis zu Gefängnis . . .

Eine sonderbare Angeklagte, die Handelsfrau B. Niemand weiß etwas mit ihr anzufangen. Die Leitung der Strafanklage macht den Randbemerk in den Akten: „Die Frau ist ja verrückt“, der Vorsitzende des Schöffengerichts Berlin-Mitte kann die Verhandlung gegen sie wegen Beleidigung eines Zuchthausdirektors nicht zu Ende führen, der Staatsanwalt beantragt selbst Untersuchung des Geisteszustandes. Die Personalien der Angeklagten verraten 31 Vorstrafen. Erstauulich, was diese Frau alles begangen hat. Da fehlt eigentlich nichts von den Verbrechen und Vergehen, die die Gerichte täglich beschäftigen. Diebstähle, Betrübereien, Bettellei und Obdachlosigkeit, Hausfriedensbruch und Körperverletzung, Widerstand gegen die Staatsgewalt und dann Brandstiftung. Das letzte Delikt hat Frau B. zwei Jahre und sechs Monate Zuchthaus gekostet. Und nun soll diese Frau den Zuchthausdirektor beleidigt haben, dem sie zuletzt „anvertraut“ war. Die Hausaktin, die sich bei den Strafakten befinden, nennen die B. eine Querulantin und tragen den wörtlichen Vermerk: „Selbstem sie fort ist, herrscht hier eine himmlische Ruhe (Nes: himmlische Zuchthausruhe), mit der Frau war nichts anzufangen!“ Aber Frau B. hat sich für ihre Unbeliebtheit gerächt. Sie schrieb einen Brief, in dem sie sich über den Herrn Direktor beschwerte. Mit der Verhandlung will es aber, wie schon erwähnt, nichts werden. Frau B. schimpft, tobt und ist nicht zu beruhigen. Selbst der Gerichtsdienner muß sie zum Schluß mit sanfter Gewalt aus dem Saal entfernen. Eine sonderbare Angeklagte! Aber auch sonderbar, daß man sie überhaupt wegen Beleidigung verklagt. Wenn nun die Aerzte die Vermutungen, daß diese Frau verrückt ist, bestätigen, was wird dann . . . ?

Das Rundfunkprogramm.

Sonnabend, den 19. Dezember.

Außer dem üblichen Tagesprogramm: 4.30—5 Uhr nachm.: Nachmittagskonzert der Berliner Funkkapelle. Leitung: Konzertmeister Ferd. Kaufman. 6.05 Uhr abends: Maler Artur Segal: „Die Kunst im Heim“. 6.45 Uhr abends: Medizinisch-hygienische Plauderei (Sanitätärat Dr. Paul Frank). 7.15—8.05 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). 7.15 Uhr abends: Abteilung Sprechunterricht. Esperanto (Direktor Julius Glück). 7.45 Uhr abends: Abteilung Erdkunde. Geh. Regierungsrat Dr. A. Miehe: „Arktisches Tier- und Pflanzenleben“. 8.30—12 Uhr abends: Funkhall. (Ohne Kostanzwang). Zwei Tanzkapellen, Kabarett. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportsnachrichten, Theater- und Filmdienst.

„Königliche“ Behörden der Republik.

In Preußen hat, wie im „Vorwärts“ gemeldet wurde, der Minister des Innern durch einen Erlass daran erinnert, daß nur in einer Republik leben und es allmählich Zeit wird, die alten Amtsstempel durch zeitgemäß abgeänderte neue zu ersetzen. Wie nötig diese Anordnung ist und längst war, hat der „Vorwärts“ an vielen Beispielen gezeigt, in denen die Weiterbenutzung der aus der monarchischen Zeit übernommenen Amtsstempel „Königliche“ Behörden oft wie eine dreiste Herausforderung wirken mußte. Proben dieses Unfugs sind auch in der letzten Zeit noch mehrfach zu unserer Kenntnis gelangt. So daß unsere Hoffnung, der Skandal werde endlich einmal aufhören, immer wieder zu Schanden wurde. Noch im November dieses Jahres ließ das Amtsgericht Berlin-Mitte aus Abteilung 94 einen Brief hinausgehen, der noch den gedruckten alten Portoablosungsvermerk „Fr. d. A. 21, Königl. Pr. Amtsgericht Berlin-Mitte“ und den gedruckten alten Stempel „Königl. Preuß. Amtsgericht Berlin-Mitte“ samt dem gekrönten Adler zeigte. Häßlich machen sich auch ein paar Frachtbrieve aus dem Oktober 1925, die an die ehemalige „Königliche“ der preussischen Eisenbahnen erinnern. Der eine trägt den mit der Hand aufgedruckten Stempel „Kgl. Güter-Expedition Grambow“ und auf dem anderen belehrt uns ein mit der Hand aufgedruckter Stempel, daß es auch noch eine „Kgl. Güter-Exped. Rebus“ gibt. Das Tollste ist, daß sogar bei der Berliner Polizei solche Entgleisungen noch vorkommen. Zwei Strafverfügungen, die im Oktober 1925 gegen zwei „Aufgeschriebene“ ergingen, und vom Bureau des 86. Polizeireviers (Berlin-Ost, Gohlerstraße) ausgefertigt wurden, trugen gleichfalls noch den gedruckten alten Portoablosungsvermerk aus der monarchischen Zeit. Er lautete hier „Fr. d. A. 21, Kgl. Pr. Polizei-Präsident“. Der Polizeipräsident selber kann natürlich von diesem Unfug nichts wissen; denn er unterzeichnet ja die Strafverfügungen nicht in eigener Person. Auf allen diesen Schriftstücken ist nichts von einer handschriftlichen Korrektur des veralteten Formulars oder Stempels zu bemerken, nichts von einer Durchstreichung des mit dem Formular- und Stempeloorträgen übernommenen alten Zusatzes „Königlich“. Es ist möglich, daß dieser Unfug nur infolge Nachlässigkeit der ausführenden Beamten stehen geblieben ist. Auf Republikanismus muß aber so etwas geradezu wie eine beabsichtigte Verhöhnung wirken.

Erschlichene Stadtratsmandate.

Nicht die Rot der Erwerbslosen, über deren Uebernahme in der gestrigen Sitzung der Bezirksversammlung Kreuzberg beraten werden sollte, nicht die Tatsache, daß das Grab des Genossen Dr. Kahle noch nicht geschlossen ist, konnte den Rarrer Koch abhalten, seine üblen Heilmethoden aus dem Berliner Rathaus in die Bezirksversammlung Kreuzberg zu verpflanzen. Die Deutschnationalen, denen nur zwei unbesetzte Stadträte gemäß ihrer Stärke in der Bezirksversammlung zustehen, nutzten einen Formfehler des Bureau aus, um sämtliche sechs Mandate unbesetzter Stadträte zu erschleichen. Zentrum, Demokraten, Kommunisten und Sozialdemokraten stimmten angesichts der klaren Rechtslage gemeinsam. Damit richtet sich das demagogische Vorgehen der Deutschnationalen und Volksparteiler. Infolge dieser standalösen Vorgänge mußte die Bezirksversammlung Kreuzberg vom Vorsteher, Genossen Gerber, geschlossen werden. Die Leidtragenden sind die Erwerbslosen im Bezirk Kreuzberg. Aus Furcht vor deren Grimm und Aufregung haben die Deutschnationalen und Volksparteiler unnötigerweise die Sitzung abgebrochen.

Glückwunschkarten.

Glückwunschkarten zu Weihnachten und Neujahr dürfen, wenn sie in Form von Postkarten offen versandt und im Fernverkehr gegen die Gebühr von 3 Pf. befördert werden sollen, außer den sogenannten Abänderungen (Abendtag, Name, Firma, Stand und Wohnort nebst Wohnung des Abänders, Fernsprechnummer, die Telegrammanzahl und Telegrammziffer sowie Nachschick- und Bankkonto und sonstige geschäftliche Merk- und Kennworte), auch noch die für Teildruckfachen zugelassenen Änderungen und Zusätze bis zu 5 Worten, die in sachlichem Zusammenhang mit dem Vordruck auf der Karte stehen müssen, enthalten. Auf Glückwunschkarten, die in offener Briefumschlag verpackt werden, sind andere als die Abänderungen sowohl im Orts- als auch im Fernverkehr nicht gestattet, wenn die Beförderung für eine Gebühr von 3 Pf. erfolgen soll. Mit Zusätzen der oben erwähnten Art bis zu 3 Worten kosten sie 5 Pf. Gedruckte Besuchs- (Bisiten) Karten, auf denen handschriftlich mit höchstens 5 Worten oder üblichem Anfangsbuchstaben Glückwünsche, gute Wünsche, Dankfugungen, Grüße oder ähnliche Höflichkeitsformeln zum Ausdruck gebracht sind, kosten in offener Umschlag ebenfalls 5 Pf. Unzureichend freigelegte Sendungen werden mit Nachgebühren belastet. Um Weiterungen zu vermeiden, kann daher den Versendern nur dringend geraten werden, die angegebenen Bestimmungen zu beachten.

Um zwei Mark seine Existenz eingebüßt.

Einer Lappalie wegen hat der Polizeiwachmeister Müller seine Existenz aufs Spiel gesetzt. Es handelte sich um eine Quittung über bezahlte Rundfunkgebühren, die er gefälscht haben soll. Der ganze Betrag machte nur zwei Mark aus. Als der Postbeamte die Gebühren einzulegen wollte, erklärte er, daß er schon Zahlung geleistet habe und legte auch eine Quittung vor. Bei der Nachprüfung stellte sich jedoch heraus, daß in der Jahresfrist aus vier fünf gemacht worden war. Trotzdem der Sachverständige keinen Zweifel ließ, daß eine Radierung vorgenommen war, blieb der Angeklagte bei seinem Zeugnis. Das Schöffengericht Wedding verurteilte ihn wegen Urkundenfälschung in Tateinheit mit versuchtem Betrug zu zwei Monaten Gefängnis, gab ihm jedoch, da er aus Reichsinn und Not gebandelt hatte, für die Strafe Bewährungsfrist. Immerhin ist Müller auch seine Stellung los.

Die bunte Stadt.

In der alten Autohalle am Kaiserdamm hat die Künstlervereinigung „Akademie Roter Mond e. V.“ einer Idee der Deutschen Sporthallen A. G. folgend, eine Weihnachtsstadt erbaut, die mit Unterstützung des Reichsverbandes ambulanter Gewerbetreibender ein angenehmer Aufenthalt zu werden verspricht, etwa ein Lunapark im Saal. An den Seiten sind Häuser-Tulpen aufgestellt worden, gemalt im Stile einer Spielzeugstadt, außerdem gibt es dort Schauwägen, Karussells, Rutschbahnen, Glücksbuden, Bars und Restaurants. Auf einer großen Fläche, die als Marktplatz der Stadt gedacht ist, kann getanzt werden. Die Schau wird am Sonnabend abend mit einem großen Kostümfest der genannten Künstlervereinigung eröffnet.

Zum Austritt aus der Landeskirche. Wer die Absicht hat, aus der Kirche auszutreten, tut gut, das noch vor dem 31. Dezember zu erledigen. Da das Kirchensteuerjahr mit dem 31. März zu Ende geht, haben diejenigen, welche bis zum 31. Dezember austreten, nur noch für das nächste Vierteljahr Kirchensteuern zu zahlen. Für diejenigen, welche ihren Austritt auf dem Amtsgericht nicht vornehmen können, ist von der Freireligiösen Gemeinde bei folgenden Rotaren eine Austrittsmöglichkeit geschaffen: Dienstag von 6 bis 7 Uhr (aber nicht am 22. Dezember) bei Rah und Goldberg, Spandauer Brücke 10 und Montags, Mittwochs und Freitags von 5 bis 6 Uhr bei E. Weinberg, Klosterstraße 65/67 (gegenüber dem Stadthaus). Eine Legitimation ist mitzunehmen.

Für 2 Mark Schönheit!

Das klingt Ihnen zu komisch, aber was wollen Sie anderes, wenn Sie eine Packung Rasowepa kaufen und diese gebrauchen!

und sind für den Austritt 2 Mark zu zahlen. Die Einzelmitglieder der Freireligiösen Gemeinde, welche keinen Bezirk angegeschlossen sind, werden gebeten, wegen der Wahl zur Delegiertenversammlung am Mittwoch, den 6. Januar, abends 8 Uhr, nach der Pappelallee 15 zu kommen.

Saß eine Million Rundfunkteilnehmer. Die stärkste Zunahme in Berlin.

Die Zahl der deutschen Rundfunkteilnehmer hat am 1. Dezember wieder erheblich zugenommen, und zwar in sämtlichen Sendebereichen: die Gesamtzahl der am 1. Dezember angemeldeten Hörer beträgt rund 967 000, genau 966 804, der Zuwachs im November also 53 028, das sind täglich 1768 Neuanmeldungen. Die stärkste Zunahme hat Berlin mit 23 257 neuen Teilnehmern zu verzeichnen, so daß der Berliner Sendebereich jetzt 417 749 Hörer umfaßt; es folgt die Sendegemeinschaft Münster-Dortmund-Elberfeld, die 10 613 neue Rundfunkfreunde gewonnen und jetzt 71 798 Hörer zählt; Hamburg hat 5393 neue Teilnehmer gewonnen (Gesamtzahl Hamburg-Bremen-Hannover: 118 618); fast ebensoviel Zuwachs hat Breslau mit 4920 neuen Hörern, die in der Hauptstadt wohl auf den eben eröffneten ober-schlesischen Sender in Gleiwitz entfallen; die Gesamtzahl Breslau-Gleiwitz beträgt 82 247. Dann folgt Leipzig-Dresden mit einem Zuwachs von 3829 Teilnehmern (Gesamtzahl 109 980), München-Mürnberg mit 2637 (Gesamtzahl 91 001), Frankfurt-Raffel mit 1053 (Gesamtzahl 63 095), Stuttgart mit 801 (Gesamtzahl 27 145) und Königsberg mit 525 (Gesamtzahl 15 171).

Todesprung vor den Augen der Mutter.

In der Nacht zum Freitag, gegen 10½ Uhr stürzte sich der 26 Jahre alte Mechaniker Lohar S. F. von dem Balkon der mütterlichen Wohnung im Hause Müllerstraße 30 vier Stockwerke tief auf das Pflaster hinab. Man schaffte ihn in einem Auto nach dem Virchow-Krankenhaus, wo aber nur noch der Tod festzustellen werden konnte. Der Beweggrund zu der Tat ist in einem schweren Nervenleiden zu suchen. Die Mutter war Zeugin des schrecklichen Vorfalls.

Dauerndes Stetium hat die 84 Jahre alte Helene Bankroth in den Tod getrieben. Am Donnerstagabend vergiftete sie sich in ihrer Wohnung, Turmstr. 21, mit Seidigtig.

Berlin und die Hochbahngesellschaft. Ein Teil der Berliner Presse berichtete unlängst, daß die Stadt Berlin kürzlich das sie abweisende Urteil des Landgerichts I Berlin erhalten habe und daß es noch nicht bestimmt sei, ob sie gegen dieses Urteil Berufung einlegen werde. Wir haben diese Mitteilung nicht aufgenommen, da es uns bekannt war, daß der Ministerialrat Busch, unabhängig von der Stadt Berlin, bereits Berufung eingelegt hatte. Es ist von untergeordneter Bedeutung, ob die 1000fachen Stimmrechtaktien durch ein von der Stadt Berlin oder von Busch erwirktes Urteil für ungültig erklärt werden. Rummel teilt uns Busch mit, daß der 4. Zivilsenat des Kammergerichts Termin auf den 11. Januar 1926, 10 Uhr vormittags, Eikhofstraße, 2 Treppen, Zimmer 369, anberaumt hat. Wir werden über den Verlauf des Termins berichten.

Das Opfer einer Flaschenverwechslung wurde eine Hausangehörige Erna Winkwig aus der Knechtstraße. Sie war bei ihrer Schwester, einer Frau Scholz, in der Wasserstraße zu Besuch und klagte über so heftige Magenbeschwerden, daß man einen Arzt holte. Dieser verordnete Magenstropfen. Sie nahm davon, verspürte aber keine Besserung. Als sie deshalb noch einmal Tropfen nehmen wollte, verwechselte sie die Flasche und trank eine Mischung von Zink und Chlor. Sehr steigerten sich die Schmerzen noch mehr und bald darauf starb das Mädchen. Erst der Arzt, der jetzt noch einmal gerufen wurde, stellte die Verwechslung der Flaschen fest. Die Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt und nach dem Schauhaufe gebracht.

„Deutscher Herold.“ In einem Bericht des „8-Uhr-Abendblattes“ wurde in dem Abdruck eines Ausweises für den Raubmörder Grütze Lehder zweimal der „Deutsche Herold“ erwähnt, als dessen Geschäftsführer ein Herr Wilhelm Kuba zeichnet. Der „Deutsche Begräbnis- und Lebensversicherungsverein a. G. Deutscher Herold“, Berlin NW. 7, legt auf die Mitteilung Wert, daß er mit dieser deutschpöblischen Organisation nichts zu tun hat.

Selbstmord eines greisen Ehepaars. Am Freitag vormittag wurden der 80 Jahre alte Lackierer Peter Peteren und seine 79jährige Ehefrau Luise, geb. Schulz in ihrer gemeinsamen Wohnung im Hause Seumestraße 17 in Lichtenberg durch Gas vergiftet tot aufgefunden. Lebensüberdruß infolge hohen Alters und wahrscheinlich auch wirtschaftliche Not dürften das Motiv der Tat sein.

Der Druckfehlerteufel hat in unserem gestrigen Bericht über die Stadtoberordnetenversammlung Unheil angerichtet. Die erste Wahl war die der Mitglieder des Staatsrats (nicht des Stadtrats), gewählt wurden die Genossen Czeminski, Reimann (nicht Reimann) und Dr. Weinberg. Stellvertreter Löw, Hof und Genossin Wegl.

Reichsbanner Areusberg. Die Veranstaltung im Krematorium Gerichtstraße fällt aus.

Kleider-Dauersammelstellen Tiergarten. Die Bezirksarbeitsgemeinschaft der Frauen und freien Wohltätigkeitsvereine im Bezirk Tiergarten hat folgende Sammelstellen für getragene Kleider und Stiele eingerichtet: 1. Jugendfürsorge B., Tennishofstr. 24a, täglich 8-11 Uhr. 2. Volkshilfe, An der Spittelstraße 9, täglich 11-1 Uhr. 3. Arbeiter, Matthäusstraße 22a, täglich 8-11 Uhr. 4. Frauen, Friedrich-Wilhelm-Straße 6, bei Herrn Wegel, täglich 8-11 Uhr. 5. Jugendfürsorge A., Stromstraße 55, täglich 8-11 Uhr. 6. Gemeindefürsorge, Lützowstr. 115, Hof links, täglich 8-11 Uhr. 7. Arbeiterwohlfahrt, Silesische Str. 5/6, täglich 8-11 Uhr. 8. Arbeiterwohlfahrt, Boulev. 1, täglich 8-11 Uhr. 9. Bezirksamt Tiergarten (Wohltätigkeitsanstalt), Altpottstr. 24, täglich 8-11 Uhr. 10. Gemeindefürsorge B., Pöppelstr. 26, täglich 8-11 Uhr. 11. Reichsministerium des Innern (Störnerzimmer), Königsplatz 6, täglich 8-11 Uhr.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag vorm. 11 Uhr, Pappelallee 15, Vortrag des Herrn Paul Vogel: Darwinismus. Harmonium: Weihnachtlieder. — Gäste willkommen.

Die Genossenschaft Deutsche Volkserholungsheime veranstaltet am Sonntag, den 19. Dezember, im Saalbau Friedrichshagen ein Kinderwettbewerb mit anschließender Befahrung. Anfang 8½ Uhr. Karten zu 1.50 M. sind an der Tageskasse erhältlich.

Lawineneinbruch in Thüringen.

Zwischen Spechtsbrunn und Büchbach bei Gräfenhain ging gestern kurz nach 10 Uhr vormittags eine große Schneelawine mit gewaltigem Getöse zu Tal. Auf einem Schiefergrübelbruch arbeiteten im Tagbau fünf Arbeiter. Sie wurden sämtlich von der Lawine verschüttet. Aus den Nachbargruben herbeieilenden Einwohnern gelang es, um 2 Uhr nachmittags den ersten Verschütteten aus den fast haushoch liegenden Schneemassen zu bergen. In halbständigen Etappen wurden die weiteren Verschütteten jutage gefördert. Zwei von ihnen sind tot. Drei konnte man lebend bergen.

Vier Fischerboote vermisst.

Memel, 18. Dezember. Das „Remeler Dampfboot“ meldet: Am Mittwoch gingen sieben Boote von Karlebed bei Memel zum Dorfsang in See. Nur drei von diesen Booten sind bisher zurückgekehrt; vier Boote mit 19 Mann fehlen. Sie sind nach Mittwoch abend in der Nähe eines Spritzmuggelschiffes gesehen worden. Donnerstag nachmittag ging ein Dampfer in See, um die Boote zu suchen, er kehrte jedoch heute zurück, ohne die Boote gefunden zu haben. Wenn sie nicht von dem Spritzmuggel aufgenommen worden oder an einer unbewohnten Stelle gelandet sind, muß mit Sicherheit angenommen werden, daß die Fischer ertrunken sind, da sie unmöglich den schweren Sturm, der in der Nacht zum Freitag heraufzog, überleben konnten. Telephonische Anfragen in Volangen und Libau haben nichts über den Verbleib der Schiffe ergeben.

Dem Genossen
Walter Press
und seiner jungen Frau zum heutigen
Hochzeitstage die herzlichsten
Glückwünsche!
Die Genossen und Genossinnen
der 3. Abt. Charlottenburg

Unserer Genossin
Martha Kowalewski
zum 50. Geburtstag die
besten Glückwünsche.
Die Genossen und Genossinnen
des 7. Bezirks der 73. Abt.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband
Wagen- u. Karosseriearbeiter!**
Montag, den 21. Dezember, nach-
mittags 3 Uhr, im Parterresaal des
Verbandshauses, Cienlich, 83 85:
Verammlung
aller in den Karosseriefabriken
ausgesperrten Kollegen.
Tagesordnung: 1. Bericht über
die Differenzen im Gewerbe. 2. Disziplin.
Alle Ausgesperrten müssen mit Kusenhelm
erscheinen, ohne diese Zei in Zutritt.
Die Ortsverwaltung.

Adolf Hoffmann
**Episoden und
Zwischenrufe**
aus der Parlaments- und
Ministerzeit.
Preis 1 Mark. Porto 5 Pfennig.
Vorrätig
in allen Vorwärts-
Ausgabestellen.

HUNDE
Katten, Papageien und alle
Haustiere werden behandelt.
Tierärztliche Poliklinik
Chausseestraße 93
neuen Krie; ervereinshaus
Sprechstunden: 11-1 u. 4-6 Uhr

Der **gute Kapitän-
Kaufabak** ist in den meisten Drogen-
geschäften erhältlich.
C. Röcker, Berlin
Lichtenberger Straße 22, Kgst. 2861

Metallbetten
Stahlmatt. Kinderbetten gleich sehr.
Kat. 650 fr. Eisenmöbelfabr. Suhl Thür.

Sonntag geöffnet 2-6

Gute fertige Sakkoanzüge, hergestellt im eigenen Betriebe

- | | |
|--|---|
| 86714
Mittelgrauer, feinstreifer Chevot, einreihige Form
M. 58.- | 86795
Dunkelgrüner, feinstreifer Chevot, zweireihige Form
M. 64.- |
| 86852
Blaugrauer Chevot mit ruhigem Streifen, einreihige Form
M. 66.- | 86778
Mittelbrauner Chevot mit großem Oberkaro, einreihige Form
M. 75.- |
| 86781
Dunkelgrauer, unauffällig gemusterter Chevot, zweireihige Form
M. 76.- | 86779
Dunkelgrüner, glatter Chevot, einreihige Form
M. 82.- |
| 86858
Mittelfarbiger Chevot mit großem Oberkaro, zweireihige Form
M. 92.- | 86740
Dunkelbrauner, modern gestreifter Chevot, ein- oder zweireihige Form
M. 110.- |

Direkter Bezug der Grundstoffe, die Herstellung der Kleidung in eigenen Betrieben, der unmittelbare Verkauf an den Verbraucher sind Vorteile, die sich in Preis und Güte angenehm bemerkbar machen

PEEK & CLOPPENBURG

BERLIN C 19 . GERTRAUDEN-STRASSE 25-27 . ROSS-STRASSE 1-4

**Möbel
Teppiche
Garderobe
Credit**

Schlaf-, Speise- u. Herrenzimmer
Küchen / Einzelmöbel
Spezial-Abteilungen
in Damen-, Herren- und
Burschenkleidung
Große Auswahl
in Teppichen, Gardinen, Feder-
betten liefere ich seit mehr als
25 Jahren bei
kleinster An- und Abzahlung
Niedrige Preise, kulante Bedienung
Morgen von 2 bis 6 Uhr geöffnet.

BEISER

N. Lothringerstr. 67 | O. Frankf. Allee 336

Begr. 1891.
Tepp- u. Dauen-Decken
an in einstelligen, besten Fabrikat. Haupt-
Bernhard Strommann, Berlin
Wante 72 (Untergrundbahn Anhalter-
Station; Spittelmarkt, Ecke Spittelstr.)
und Westen, Nikoloburger Platz 2, Ecke Trautenaustr.
Wipacoi jeh. Art. Muster-Katalog gratis.

Nagelpflege-Garnituren Kopp & Joseph
BERLIN W
in vornehmer Ausstattung. Potsdamer Str. 122.

Stellenangebote
finden im Vorwärts
beste Beachtung.

Rein Messing mit 60 # Seidenschirm 4 flg. Mit 65 # Seidenschirm als Ersatz.
**Beleuchtungs-
körper**
aus Holz, Metall und Spide
Merk 40
Willy Rudolff
BERLIN S. 42
Ritterstr. 24
Merk 4730
Merk 500
Ampeln, Schalen,
Rauchfische
Teillzahlung - gestattet.

Ais praktisches
Weihnachtsgeschenk
ist der orthopädische
Hassiasana
Schuh
für Fussleidende auf das beste zu empfehlen

Hassiasana-Schuhwerk
ist in modernen und eleganten Formen
für Damen und Herren vorrätig
Bester Ersatz für Massarbeit

Alleinverkauf für Berlin:
HERMANN TIETZ
Leipziger Strasse Alexanderplatz Frankfurter Allee

Was jede Dame wünscht,

ist, modern und elegant zu sein. Zu gediegener Eleganz gehört heute für den Gebrauch auf der Straße, in Geschäften, im Theater usw. eine schöne Vorknetze statt des Kneifers oder der Pinzette.

Die neuen Ruhnke-Vorknetzen sind von so ansprechender, vornehmer Ausführung, daß jede Dame sich immer von neuem darüber freut, weil die Ruhnke-Vorknetze ihr Gelegenheit gibt, ihren guten Geschmack zu zeigen und bei der Handhabung weibliche Grazie zu entfalten. Die Auswahl in aparten Formen ist reichhaltig, sowohl

in gediegenen Silber- und Tulumustern, als auch besonders in den wunderschönen, goldplattierten Vorknetzen. Sie brauchen sich auch nicht den Kopf zu zerbrechen über die Nummer der Gläser. Sie kaufen einfach bei uns einen

Gutschein

über den Betrag, den Sie aufwenden wollen, und wir übernehmen die Auswahl und das Einpassen für den Besonderen auch nach dem Fest, ohne Kosten für Sie

Vorknetzen		Optiker Ruhnke's Gold-Double-Preise:			Schlappatt-	
Alpacas	5.- 10.-	1 Jahr	2 Jahre	3 Jahre	Brillen und Kneifer	12.- 20.- 30.-
Silber	8.- 12.- 15.-	Kneifer mit und ohne Handfassung	4.-	8.-	12.-	45.-
Gold-Double	10.- 12.- 15.-	Kneifer ohne Handfassung	2.- 3.-	4.-	6.- 7.-	in Metallgehäuse u. Horn
		Kneifer mit Handfassung	4.-	6.- 8.-	12.-	2.50 5.- 7.-

Alle Preise verstehen sich nur für Kolonnen. — Gläser werden extra berechnet und zwar pro Paar. — Starbrenner Schlichter St. 1., — Gantner-Werkstätten St. 2.

Optiker Ruhnke

Spittelmarkt 11, Schönehauser Allee 81, Reichenhagenstr. 44, Renthofstr. 4, Charlottenburg: Zandorfstr. 15, Joachimsthaler Str. 8, Friedenau: Alteiler 19, Schönberg: Gansstr. 21, Wilmersdorf: Berliner Str. 123 33

Sonntag, den 20. Dezember, sind unsere Geschäfte von 2-6 Uhr geöffnet.



Optiker Ruhnke's Theaterglas "GRAL" in elegantem Stahl 8 1/2 x Vergrößerung nur 11.70.-

Telephon: 1111. Preisangabe Ruhnke's Theaterglas. Beste optische Verhältnisse, große bequeme Gesichtsfelder, geeignet für alle Jagd u. Sport, 6 mal Vergr. 7.50.-, 8 mal Vergr. 8.50.-, 10 mal Vergr. 10.00.-, 12 mal Vergr. 12.00.-

Das Auge - 620' im Radius

Strammier in allen Stufen, in einem aus edlen Holz von 11.- bis zu 100.-, Ebermannstr. für Sommer und Winter von 0.75 bis 2.-

Theater, Lichtspiele usw.

Volksbühne
8 Uhr: Der Kaufmann von Venedig
3. Der Kaufmann von Venedig
8 Uhr: Der betriebl. Bon Guichotte

Staats-Theater
Opernhaus
8 Uhr: Wozzeck
Opernhaus
am Königsplatz
7 1/2 Uhr: Rigoletto
Schauspielhaus
8 Uhr: Weihnachts-ekkluse. — Die große Katharina
Schauspiel-Theater
8 Uhr: Jungfrau von Orléans

Städtische Oper
Charlottenburg
Heute
Michael Bohnen als Gast
8 Uhr:
Holofernes

Deutsches Theater
7 1/2 Uhr:
Der Kreidekreis
von Kitz und Regie: M. Reinhardt

Kammerspiele
8 Uhr:
Sechs Personen suchen einen Autor
von Pirandello
Regie: Max Reinhardt

Die Komödie
Karlstadtstr. 207
8 Uhr:
Gesellschaft
von Galsworthy
Regie: M. Reinhardt

Walhalla-Theater
Waldweg an Saub. Te.
Tägl. 8 Uhr:
Die Kobolde
mit 12 Pl. u. Sonntag nachm. 4 U. Schneewittchen

Großes Schauspielhaus

Lessing-Th.
Tägl. 8 Uhr:
Der junge Bar
von Richard Wagner
Tägl. nachm. 4 U.
Liliputaner-Gastspiel
Schneewittchen

Kleines Th.
Heute 8 Uhr:
Figuranten
von Strabeau
Regie: Geyer

Trianon-Th.
Tägl. 8 Uhr:
Kleine Sklavin
v. Dietrichschmidt
Reie Goldberg

Central-Theater
Uhr: Trieschübel

Rose-Theater
4. Der Froschkönig,
u. d. eisernen Heilich
8 Uhr:
Der Glöckner
von Heine

Resid.-uz.-Th.
8 Uhr:
Die Durchgängerin
Luisa v. L. P. 2. 03
Heute u. ab. 8 1/2
Kleine Preise
Schneewittchen

Thalia-Th.
Uhr: Anemarie
Heute u. ab. 8 1/2
Kleine Preise
Hänsel u. Gretel
Theater in der
Kommandantenstr. 8
Uhr:
Die blond. Made's
Heute u. ab. 8 1/2
Kleine Preise
Rotkäppchen

Theat. d. Westens
7 1/2 Uhr: Uraufführung
Das Spiel
u. d. Liebe
Operette
von Gilbert
Sitz schon ab 1 Mark

Theater 1. d. Uitzwsl. 112
Tägl. 8 1/2 Uhr:
Parisiana-
Vorspiel:
Weihnachtslied 1925
Das grüne Signal
Sonnt. nachm. 4 U.
Kosch Rupprecht

Th. u. Hollendorferpl.
Tägl. 8 Uhr: Die
Grüne Flöte
Regie:
Max Reinhardt
Mazay, Sierra,
Schweg, Hum usw.
u. sein Programm!

Casino-Theater
Tägl. 8 Uhr:
Die tolle Posa
Der
Meisterboxer
u. Gipfel des Humors!
das neue Progr.

Herrnfeld
im Intimen Theat.
Bismarckstr. 6 Tägl. 8 1/2
Stall Levy mit 8
Turkomanie
v. Anton Herrnfeld

Komische Oper
8 1/2 Uhr
Größte Revue
der Welt
Von A bis Z
Parkett 6.- M.
Preise 2.- bis 12.- M.
(Logen 15.- M.)
Vorverkauf ununterbr. geöffnet

WINTERGARTEN
Ein Weihnachts-Programm
für Groß und Klein!
Sonnt. nachm. 3 1/2 Uhr halbe Preise
Rauchen gestattet

Sport-Palast
Internationale Eishockey-
Wettkämpfe
WIEN-BERLIN
Sonabend, 19. Dez., 8 1/2 abds.
Wiener Eislauf-Verein
gegen
Sport-Club Charlottenburg
Sonntag, 20. Dez., 3 1/2 nachm.
Großes Sportfest des
Berliner Schlittschuh-Clubs
Eishockey
Wiener Eislauf-Verein
gegen
Berliner Schlittschuh-Club
Vorverkauf:
Kassen im Sportpalast,
Passage, Laden 30, Invalidendank,
Theaterkassen A. Wertheim

Auf Teilzahlung
Liefere wir bei kleinster Anzahlung
und niedrigsten Raten elegante
Herren- und Damen
Bekleidung
fertig und nach Maß
zu Konkurrenz- oder billigen Preisen
Größte Auswahl bei
Hranchheit und Arbeitslosigkeit
Central-Garderobenhaus
nur Weinmeisterstraße 3 I.
Am Sonntag, d. 20. Dezember, von 2-6 Uhr geöffnet.

Am Mittwoch, den 16. Dezember 1925, nachmittags 1 Uhr, entfällt ein nach schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden mein geliebter Mann, unser liebenswürdiger Vater, Schwiegervater und Großvater, der
Lagerhalter Eugen Heise
im 50. Lebensjahre
Im Namen
der trauernden Hinterbliebenen
Ottile Heise
geb. Rutzger.
Berlin W. 87, Zingenderstr. 6.
Die Einäschung findet am Montag, den 21. Dezember 1925, nachmittags 3 1/2 Uhr, im Krematorium Berlin N. 1, Gerickestr. 37, statt.
18/13

Metropol - Th.
Täglich 8 Uhr:
Die große Revue-Pause:
No no Nanette

Circus Busch
Heute Sonntag 3 Uhr
Zum vorletzten Mal
„Wintermärchen“
freiz. ha. b. Preis
1000 1 Kind frei
u. 2. Klasse 2.-, 3. Klasse
1.-, 4. Klasse 50 Pf.

Central-Theater
Uhr: Trieschübel

Rose-Theater
4. Der Froschkönig,
u. d. eisernen Heilich
8 Uhr:
Der Glöckner
von Heine

Die Teresina
Th. u. Karlstadtstr. 207
7 1/2 Uhr:
Gastspiel des
Deutsch. Theaters
Regen
Th. u. Schiffbauerdamm
8 Uhr:
Das verhängnis-
volle Weib
Lustspielhaus
8 Uhr:
Potasch & Perlmutter
il. Teil
Potasch & Perlmutter 2. Teil
Walhalla-Theater
Tägl. 8 Uhr:
Kolportage

ADRIANSPALAST
8 1/2 Uhr (täglich)
WALTER-REWE
Achtung
Colle 505
60
BILDER
IL. Rang v. 2.
Parkett v. 4.
Logen v. 8.

Kinder-Revue
Nur no. h.
2 Vorstellungen
Heute und
Mittwoch 8 1/2 U.
Alle Puppen tanzen.
Kleine Pr. 1.- u.
10 Pf. 1.-, 1.50 etc.

Jeden Sonntag
nachm. 3 Uhr:
Die ganze Ver-
anstaltung
wie bei den Puppen

Central-Theater
Uhr: Trieschübel

Rose-Theater
4. Der Froschkönig,
u. d. eisernen Heilich
8 Uhr:
Der Glöckner
von Heine

Die Tribüne
1 Uhr: 1. Abend
Ludwig 12. Nationalen

Komödienhaus
Tägl. 8 Uhr:
Kopf oder Schrift

Elite-Sänger
Kottbuser Str. 6 — Tel. Npt. 100/7
Tägl. 8 Uhr, auch Sonntag nachm.
3 Uhr zur halben Preiszeit!
W. Weihnachts-Spielplan!
„Weihnachtswald
und Försterhaus“.

Reichshagen-Theater
Bismarckstr. 6 Uhr: Sonntag nachm. 3 Uhr
Stettiner Sänger
Weihnachts-Programm!
4. allen 3 Feiertagen
Nachmittags- und ab. 8 Uhr.
Preis: mit vollem Abend-Programm

Dönhoff-Breitl
Das gr. Weihnachts-
Variété-Programm!
Humor-Tanz-Stimmung! Popul. Preise

4 billige Tage

Polz- und Plüsch-Mäntel, ein herrliches Weihnachts-Geschenk

Aufklärung!
Bei Westmann —
Nicht nur billige Preise, sondern gute Qualitäten!
Auch für attraktive Figuren Passanten!
Westmann's berühmte Plüschmäntel 155.- 120.- 85.- 65.-
Westmann's la Palmastiel, nur das Beste 400.- 450.- 375.-
Westmann's Spezialitäten für Astrachan,
Krimmer u. Wollplüschmäntel 82.- 55.- 38.-
Westmann's Velours de laine-Mäntel
mit und ohne Pelzbesatz 88.- 85.- 42.- 25.-
Westmann's Gesellschaftskleider 115.- 75.- 42.- 25.-
Herrliche Weihnachtsgeschenke!
Pelzjacken 150.- Röcke 12.50 Pullover 15.-
Extra-Abteilung: Trauermagazin
Sonntag von 2-4 Uhr geöffnet

Westmann
1. Geschäft Mohrenstr. 37 a 2. Geschäft Gr. Frankfurter Str. 115

Weihnachtsgeschenke
in allen großen Abteilungen Auswahl

P. RADDATZ & Co.
Leipzigerstrasse 122/123

SCALA
8 Uhr:
Internat. Varieté
Sonntags 3 1/2 Uhr
ermäßig. Preis,
das volle Programm

Erfolg haben Inserate im Vorwärts

12⁵⁰ wöchentl. STANDARD QUALITÄTS Piano direkt Demusin-Piano-Fabrik 50 M. Monats-RATEN
M. für ein QUALITÄTS Piano
und 150.- M. Anzahlung festbindend
890 M. EINHEITS-KASSA-GRUND-PREIS 890 M.
5 JAHRE schriftliche FABRIK-Garantie

Berlin O 27, Blumenstraße 70
u. d. Marienstraße. Vorverkauf in der Fabrik 6-7
sonntag geöffnet
Besuchen Sie uns!

Edeka Deutschlands größte Kolonialwaren Einkaufsgenossenschaft

empfiehlt zum Weihnachtsfest:

Edeka Kraftrotwein 1/1 Fl. 1.80 RM
1923 er Montagne 1/1 Fl. 1.10 RM
1922 er Schloß Wintringer 1/1 Fl. 1.05 RM
Hawai-Ananas 1/1 Dose 2.40 RM
Edeka Halb u. Halb 1/1 Fl. 4.00, 1/2 Fl. 2.20 RM
Edeka Kümmel 1/1 Fl. 5.25, 1/2 Fl. 2.75 RM

Preise einschließlich Steuer ohne Glas

Erhältlich in den durch obiges Zeichen kenntlich gemachten 1200 Geschäften Groß-Berlins

Die Wirtschaftspolitik der Sozialdemokratie.

Richtlinien der Reichstagsfraktion.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sich in einer Anzahl Sitzungen mit der gegenwärtigen Wirtschaftslage befaßt. Sie kam dabei zu folgendem Ergebnis:

Die Sozialdemokratie ist sich stets darüber im klaren gewesen, daß das Ende der Kriegs- und Inflationswirtschaft und die Einordnung Deutschlands in den weltwirtschaftlichen Gütertausch von einer schweren Krise begleitet sein würde, und zwar von einer Krise, die man zu einem wesentlichen Teil als Reinigungs- und Rationalisierungskrise bezeichnen kann. Der Krieg und die Inflationsjahre hatten den Aufbau des deutschen Produktionsapparates gewaltig verschlechtert. Die Anlagen der Vorkriegszeit waren durch Raubbau verunstaltet, die Ananlagen zum Teil einseitig auf die Bedürfnisse der Kriegswirtschaft zugeschnitten, zum anderen Teil zeichnen sie sich durch sinnlose Anhäufung lebenden Kapitals aus. Die beispiellos niedrigen Börsen der Inflationsjahre hatten die Unternehmer allgemein von der Notwendigkeit einer scharfen Rationalisation und sparsamer Betriebsorganisation befreit. Der unproduktive Apparat, besonders in den kaufmännischen Büros und den Bankbetrieben, war gewaltig angeschwollen und eine Unzahl lebensunfähiger, lediglich auf die Inflationsverhältnisse berechneter Unternehmungen war überall neu aufgeschossen.

In Voraussicht der unabweislichen Übergangskrise hatte die Sozialdemokratie schon Ende 1923 Vorschläge zur Erleichterung gemacht; diese Vorschläge fanden jedoch kein Gehör. Die Wirtschaftskrise in der Großindustrie und in der Großlandwirtschaft und die unter ihrem Einfluß stehende Rechtsregulierung begingen einen Fehler nach dem anderen, bis schließlich als Endresultat einer Kette von verfehlten Maßnahmen die gegenwärtige Lage mit ihrer äußersten Verschärfung der Kredit- und Absatzschwierigkeiten und ihrem unsagbaren Arbeitslosenstand entstanden ist.

Die auch bei weitestgehender Wirtschaftspolitik unausweichliche und unvermeidbare schwere Wirtschaftskrise ist durch reaktionäre Kartell- und Zollpolitik, durch Sabotage der internationalen Arbeitsteilung bei den Handelsvertragsverhandlungen, durch ein Durcheinander von Kreditverschwendung und Kreditrestriktionen in der unheilvollsten Weise verschärft worden.

Die Arbeitslosenziffer ist in bedrückend rascher Zunahme begriffen; ungefähr 1 1/4 Million beträgt gegenwärtig bereits das Heer der Arbeitslosen, und das Elend, das hinter dieser Ziffer der Arbeitslosigkeit steht, wird noch in unbefriedigender Weise dadurch verschärft, daß nur etwa die Hälfte der Erwerbslosen Unterstützung erhält und daß zu den Vollerwerbslosen noch Hunderttausende von Kurzarbeitern kommen, die keinerlei Unterstützung erhalten, obwohl ihr Verdienst in vielen Fällen noch hinter den Sätzen der Erwerbslosenunterstützung zurückbleibt. Diefelbe Regierung, auf deren verfehlte Wirtschaftspolitik die Verschärfung der Krise zu einem großen Teil zurückzuführen ist, steht auch den sozialen Auswirkungen der Krise hilflos gegenüber. Sie hat nichts getan, um das Elend der Arbeitslosen und Kurzarbeiter wirksam zu lindern. Selbst der Entwurf einer Arbeitslosenversicherung konnte trotz monatelanger Vorbereitung noch immer nicht vor den Reichstag gebracht werden, weil die reaktionären Kreise der Arbeitgeber sich dagegen wehren, daß die Arbeitslosen einen Rechtsanspruch auf Unterstützung erhalten.

Angesichts dieses vollständigen Versagens der bisherigen Wirtschaft- und Sozialpolitik ist es notwendig, die Aufgaben, die die gegenwärtige Wirtschaftskrise den verantwortlichen Leitern der Politik stellt, in ihren großen Zusammenhängen zu erkennen. Richtlinien für eine auf weite Sicht angelegte Wirtschaftspolitik aufzustellen und die als nötig erkannten Maßnahmen in umfassendster Weise und unter Einfluß aller Kräfte durchzuführen.

Der oberste Gesichtspunkt bei einer solchen Wirtschaftspolitik muß darin bestehen, daß die Notwendigkeit einer durchgreifenden Reinigung und Rationalisierung des Wirtschaftslebens anerkannt wird.

Die Ausschleudung aller in der Inflation großgezüchteten lebensunfähigen Wirtschaftsgebilde ist die Voraussetzung für den wirtschaftlichen Wiederaufstieg. Diese Reinigung ist auch die Voraussetzung für eine Steigerung der Reallohnne und für eine gesunde Entwicklung der sozialen Lage. Dabei besteht zwischen der Entwicklung des Reallohnes und der Ausschleudung leistungsunfähiger Betriebe eine höchst bedeutsame Wechselwirkung. Ebenso wie die Ausschleudung der minderwertigen Betriebe die Voraussetzung für gesteigerte Ergiebigkeit der gesamten volkswirtschaftlichen Arbeitsleistung und damit für steigende Reallohnne bildet, so ergibt sich umgekehrt aus der Steigerung der Reallohnne immer wieder die Notwendigkeit, rückständige Betriebe und rückständige Wirtschaftsmethoden auszumergen und durch leistungsfähigere zu ersetzen.

Das oberste Ziel der Wirtschaftspolitik muß daher sein, diese fruchtbarere Wechselwirkung sich möglichst auswirken zu lassen. Wenn dies gelingt, so besteht durchaus kein Anlaß, die künftige Wirtschaftsentwicklung pessimistisch anzusehen. Es ist sehr wohl möglich, daß die gegenwärtige Krise letzten Endes zum Ausgangspunkt für ein Aufblühen des deutschen Wirtschaftslebens und eine allgemeine Steigerung der Lebenshaltung wird.

In dieser allgemeinen Grundlinie der Wirtschaftspolitik muß die Stellungnahme zu allen einzelnen Maßnahmen orientiert sein.

Mit den Versuchen, rückständige Betriebe durch Hilfsaktionen kreditpolitischer oder handelspolitischer Art aufrecht zu erhalten, muß mit aller Entschiedenheit Schluss gemacht werden. Es ist daher der baldmöglichste

völlige Abbau der schematischen Kreditlenkungsrichtung und der Zuweisung von Sonderkrediten

zu erstreben und der Übergang zur reinen Diskontpolitik als Regulator des Kredit- und Währungswezens einzusetzen.

Staatshilfe für notleidende Wirtschaftszweige kann nur dort in Frage kommen, wo es sich einwandfrei nur um die Abstellung eines vorübergehenden Notstandes handelt. Sie ist außerdem an die Bedingung zu knüpfen, daß der Staat einen angemessenen Einfluß auf die von ihm sanierten Unternehmungen erhält.

Wenn die Diagnose der Krise als einer Reinigungs- und Rationalisierungskrise richtig ist, so dürfen die Kräfte zur Heilung nicht unterbunden werden. Staatliche Eingriffe zugunsten einzelner Wirtschaftszweige bedeuten innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft immer die Gefahr, daß sie nur den äußeren Anschein eines planwirtschaftlichen Vorgehens erwecken und daß sich hinter diesem Pseudozialismus die allergrößte Planlosigkeit verbirgt. In der kapitalistischen Gesellschaft erfolgt die Regulierung des Wirtschaftslebens durch die Kräfte der Konkurrenz, und es ist in der gegenwärtigen Situation die Aufgabe der Wirtschaftspolitik, die Hemmnisse der freien Konkurrenz zu beseitigen statt neue Hemmnisse zu schaffen.

Die Kartellgesetzgebung ist daher so zu entwickeln, daß die freie Konkurrenz nicht ausgeschlossen werden kann.

Die jetzt beginnenden trübsinnigen Zusammenhänge in der Industrie stellen gegenüber dem bisherigen Kartellsystem einen wesentlichen Fortschritt dar. Gleichzeitig erfordert jedoch die Entstehung so umfangreicher Wirtschaftsgebilde die allergrößte Aufmerksamkeit der Gesetzgebung. Konzessionen auf dem Gebiete der Gesetzgebung und der Finanzverwaltung, die zur Erleichterung dieser Zusammenhänge gemindert werden, sind, soweit sie sich als notwendig erweisen sollten, von der Einräumung eines entsprechenden staatlichen Einflusses abhängig zu machen. Um die Kartelle, Trusts und sonstige monopolartige Gebilde einer wirksamen öffentlichen Kontrolle zu unterwerfen, ist die Schaffung eines Kartellamts erforderlich, wie es etwa in den Vereinigten Staaten und Kanada besteht. Diesem Kartellamt ist ein weitgehendes Untersuchungsrecht einzuräumen und ihm die Verpflichtung zur regelmäßigen Berichterstattung an das Parlament aufzuerlegen. Erst durch die Schaffung eines solchen Kartellamts können die in dem bestehenden Kartellgesetz liegenden Mängel fruchtbar gemacht werden. Das Kartellamt ist auszugestalten mit dem Ziel, die in der Inflations- und Stabilisierungszeit eingerissenen Mißbräuche zu beseitigen. Solche Mißbräuche sind vor allem bei der Schaffung von Vorratsaktien und Aktien mit mehrfachem Stimmrecht zu beobachten. Nur durch die Beseitigung dieser Mißbräuche kann das Sparkapital wieder zur bereitwilligen Beteiligung an dem wirtschaftlichen Wiederaufbau ermuntert werden.

Im Rahmen des Rationalisierungsprogramms ist ferner die Rationalisierung des Washingtoner Abkommens über die tägliche Arbeitszeit zu fordern, sowie die

schnelle Verabschiedung des Arbeitszeitgesetzes unter Festlegung des achtstündigen Normalarbeitstages.

Eine baldige gesetzliche Regelung der Arbeitszeit ist vor allem auch deswegen erforderlich, weil während der Dauer der Krise die Arbeitskräfte der Arbeiterschaft nicht immer stark genug sind, um in allen Fällen die rationellste Regelung der Arbeitszeit und der Arbeitsbedingungen zu erzwingen.

Bei der Ausschleudung unrentabler Betriebe sind die Härten für die betroffene Arbeiterschaft nach Möglichkeit zu mildern. Insbesondere muß verhindert werden, daß Betriebsstilllegungen nur zu dem Zweck vorgenommen werden, einen Druck auf die Löhne auszuüben. Die Demobilisierungstammnisse sind daher anzuweisen, Stilllegungen vor Ablauf der Sperrfrist nur unter der Bedingung zu genehmigen, daß eine Wiederaufnahme des Betriebes nicht zu ungünstigeren Lohn- oder Arbeitsbedingungen erfolgt.

Die Handelspolitik ist sehr viel entscheidener als bisher in den Dienst der Rationalisierung des Wirtschaftslebens zu stellen. Die Forderung nach einer europäischen Zollunion wird so lange ein leeres Schlagwort bleiben, als die einzelnen Staaten sich nicht dazu entschließen, ihre nationalen Produktivkräfte uneingeschränkt der internationalen Arbeitsteilung dienstbar zu machen. Die bisherige Praxis bei den Handelsvertragsverhandlungen, wichtige Interessen der deutschen Exportindustrie den Wünschen einiger landwirtschaftlicher Nebengewerbe zu opfern, muß beseitigt werden. Die Anpassung der deutschen Produktion an die internationale Arbeitsteilung ist zugleich die wesentliche Voraussetzung dafür, daß dem Export deutscher Industrieprodukte von anderen Ländern keine allzu großen Hindernisse in den Weg gelegt werden.

Eine Wirtschaftspolitik, die auf derartigen Wegen eine wirkliche innere Heilung der Krise anstrebt, ist jedoch nur durchführbar bei gleichzeitiger

Höchstentwicklung der Sozialpolitik.

Die Vorteile, die die Gesamtwirtschaft bei einem ungehinderten Ablauf der Reinigungsstrifts zu erwarten hat, werden erlangt durch das

starke Anschwellen der Arbeitslosigkeit in der Übergangszeit. Eine Wirtschaftspolitik, die bemüht ist mit dieser Rationalisierungskrise rechnen, ist moralisch, politisch und ökonomisch nur möglich, wenn die aus der Rationalisierung zu erwartenden Gewinne benutzt werden zu einer umfassenden und großzügigen Entschädigung für alle die, deren wirtschaftliche Existenz völlig ohne ihr Verschulden durch die Rationalisierung bedroht ist. Die Sozialpolitik, vor allem in der Form einer über das heutige Maß erheblich hinausgehenden Arbeitslosenunterstützung, gewinnt in diesem Zusammenhang eine ganz überragende Bedeutung. Sie ist nicht nur als eine Wohltatstmaßnahme, sondern in erster Linie als eine produktionspolitische Maßnahme zu betrachten, eine soziale und ökonomische Schuldverpflichtung, mit der eine aufblühende Wirtschaft sich das Recht ihres ungehemmten Aufstiegs erlaubt. Die Wechselwirkung zwischen Rationalisierung und Steigerung des Reallohns, die die Grundlage für den Wiederaufstieg bildet, wird in Frage gestellt, wenn die Massen der durch den Umstellungsprozess zunächst aus ihrer Beschäftigung geworfenen Arbeitslosen darauf angewiesen wären, ihre Arbeitskraft um jeden Preis zu verkaufen. Auf der Grundlage von Hungerlöhnen würden neue rückständige Betriebe entstehen und der Rationalisierungsprozess der Wirtschaft immer wieder durchkreuzt werden. Die Entwicklung der Löhne und der Arbeitslosigkeit bis zum Oktober 1925 bildet den Beweis, daß eine fortschreitende Rationalisierung der Wirtschaft bei gleichzeitig steigenden Löhnen trotz der mit der Rationalisierung unvermeidlich verbundenen Betriebsstilllegungen sehr wohl möglich ist.

Die Sozialdemokratie stellt daher folgende Forderungen auf:

1. Schnelle Erledigung der Arbeitslosenversicherungsvorlage im Reichstage.

2. Bis zur Erledigung der definitiven Vorlage: Abänderung der geltenden Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge vom Februar 1924 mit dem Ziel einer ausreichenden Unterstützung aller Erwerbslosen und Kurzarbeiter.

a) Ausdehnung des unterstützungsberechtigten Personenkreises auf alle Angestellten, auf die Landarbeiter und die Hausangestellten.

b) Obligatorische Unterstützung an Kurzarbeiter.

c) Aufhebung der Bestimmung über die Zwöschige Höchstunterstützungsdauer.

d) Aufhebung der sog. sozialen Beschränkungen (Bedürftigkeitsprüfung).

e) Erhöhung der bisherigen Höhe der Erwerbslosenunterstützung um 50 Proz.

3. Aufbringung der Mittel für die erweiterte Erwerbslosenfürsorge durch eine für das ganze Reichsgebiet einheitliche Bemessung des Beitragsfußes, Herbeiführung eines Reichsausgleichs und Heranziehung der heute von der Beitragsleistung ausgenommenen Gewerbezweige.

4. Organisierung umfangreicher produktiver Erwerbslosenfürsorge:

a) Vergabe von Aufträgen durch die Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden, Vergabe von Bureauauftragsarbeiten an stellenlose Privatangehörige.

b) Fertigstellung begonnener Eisenbahnbauten, sofortige Erteilung der für 1926 vorgesehenen Aufträge der Reichsbahn und der Reichspost.

c) Durchführung wichtiger Kanalbauten und Bodenverbesserungsarbeiten.

d) Förderung der Baulätigkeit besonders dort, wo durch Erstellung von Wohnungen die Umfindung von Arbeitern erleichtert und Arbeitsgelegenheit nutzbar gemacht wird. Bevorzugte Verwendung von Mitteln aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge für diese Zwecke, Förderung des Wohnungsbaues durch volle Verwendung des Ertrages der Hauszinssteuer zum Wohnungsbau, Aufstellung eines produktiven Siedlungsprogramms für das ganze Reich und Schaffung eines Reichsausgleichsfonds.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird mit allen Kräften dahin wirken, daß die vorstehenden Forderungen, von denen allein eine Wüderung der Wirtschaftskrise zu erwarten ist, verwirklicht werden.

Erneute scharfe Steigerung der Arbeitslosigkeit.

In 14 Tagen 41,5 Proz. Vollerwerbslose mehr.

Nach den Berichten der Landesarbeitsämter für die zweite Dezemberwoche hat sich die Arbeitsmarktlage weiter sehr erheblich verschlechtert. Die Zahl der Arbeitssuchenden ist wieder in fast allen Bezirken und allen Berufsgruppen außerordentlich stark angewachsen. Eine fühlbare Nachfrage nach Arbeitskräften ist nirgends vorhanden. Diese Verschlechterung ist um so bemerkenswerter, als nach der jetzt abgeschlossenen Statistik für den Sonntag des 1. Dezember d. J. die Zahl der unterstützten Erwerbslosen bereits auf 669 130 angewachsen ist, d. h. gegenüber dem 15. November, der eine Erwerbslosenziffer von 472 830 aufwies, ergibt sich eine Zunahme um 41,5 Proz. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß diese Statistik nur die unterstützten Erwerbslosen, aber nicht die ausgegliederten Kurzarbeiter umfaßt. Nachstehende Tabelle gibt einen Überblick über die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Deutsch-

Extra billige Weihnachtspreise

Elegante Pumps, sehr beliebte Strabenschuhe . . . 7.90

Damen-Lackschlangen, die große Mode, feines Fabrikat 10.90

Echt Kamelhaar, Umschlageschuhe Marke Geier . . . nur 5.90

Warme Pantoffel mit Filz oder mit Filz- und Ledersohle Riesenauswahl Herren Gr. 43 bis 47, 4.75, 2.95, 1.95, Damen Gr. 37 bis 42, 3.95, 2.45, 1.95

1.65

Besonders schöner Spangenschuh mit L. XV. Abs. für Straße und Gesellschaft 8.90

Molligwarme Kamelhaarschuhe in großer Auswahl, sehr billig 5.90

Eleganter Spangenschuh für alle Gelegenheiten

Herren-Halbschuh, sehr elegant in ansprechender Passform 8.90	Herren-Straßensattel, echt Rindb., vornehme Ausführung 8.90
Original-Goodyear-Well-Herrenstiefel, Schlagler . . . 11.90	Kinder- und Mädchen-Filzschallentiefel m. Lederspitze und Ledersohle Gr. 31-35 4.25, Gr. 27-30 3.30, Gr. 25-26 2.95, Gr. 19-24 1.95

Ein Angebot, das wie immer höchste Qualität mit größter Preiswürdigkeit vereinigt. Nutzen Sie diese hervorragend günstige Kaufgelegenheit.

Wollfabrik Tacke & Co. Ad Burg B. MA 00 B.

- SW. Friedrichstr. 24/41
- W. Potsdamer Str. 30
- W. Schilstr. 16
- NW. Beusselstr. 29
- NW. Turmstr. 41
- NW. Wilmersacker 74/72
- N. Brunnenstr. 47
- N. Odenrger Str. 1
- N. Friedr. str. 130
- N. Mühlstr. 8
- O. Andreasstr. 33
- O. Frankfurter Allee 22
- SO. Oranienstr. 2a
- SO. Wranenstr. 49
- C. Spillemarkt 14
- C. Rosenhainstr. 14
- Neukölln, Bergstr. 3031
- Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 122-23 / Potsdam, Brandenburger Str. 54

Eduard Bernstein als „Utopist“.

Im Verlaufe von Erich Reich, Berlin, erscheint in diesen Tagen ein Meinungsstück von Eduard Bernstein unter dem Titel: „Kindheit und Jugendjahre von 1850 bis 1872“. Wir entnehmen ihm das nachstehende Kapitel.

Ich habe schon erwähnt, daß, als Billy Bading und ich Freundschaft schlossen, er, der Gymnasiast, schon mit einigen Studierenden in freundschaftlichem Verkehr stand, der sich unter anderem in gemeinsamen Kneipereien kundgab, an denen dann gelegentlich auch ich teilnahm. Dieser Kneipereien wurden mehr, als Billy in der Osterzeit des Jahres 1871 sein Abiturum gemacht hatte, und eines Tages wurde der Beschluß gefaßt, ihnen eine gewisse Regelmäßigkeit zu geben und zu diesem Zweck einen Verein zu gründen, der, ohne sich streng an die Gewohnheiten der farbentragenden akademischen Verbindungen zu binden und engherzig auf Akademiker zu beschränken, doch den besseren Geist der akademischen Geselligkeit pflegen und beim Kneipen die Regeln des studentischen Kommentars beobachten sollte. Als den Namen der Vereinigung schlug Billy Bading die Bezeichnung Utopia vor. Er wußte aus der Geschichte, daß der Kanzler Heinrich VIII. von England, Thomas More, latinisiert Morus, unter jenem Namen einen Idealstaat beschrieben hatte, und durch Uebernahme dieses Namens sollten wir zum Ausdruck bringen, daß unsere Verbindung, wenn auch kein Idealstaat, so doch eine ideale Gesellschaft sein und über dem Alltäglichen stehen sollte.

Der Vorschlag ward widerspruchlos angenommen. Daß die Utopia des vorerwähnten Morus ein kommunistisches Gemeinwesen schiedert, wußte freilich keiner von uns, hätte aber auch selbst, wenn wir es gemerkt hätten, kaum eine Opposition verursacht. An irgendwelche politische oder sozialistische Zwecke dachte niemand. Eher schwebte einigen von uns etwas Ähnliches wie die Phantasie vom Schlaraffenland vor, das Ideal eines sorglosen Genüßlebens. Eine Gesellschaft, die sich „Schlaraffia“ nannte, und von deren Festen man wußte, daß es auf ihnen sehr vergnügt und frei zuzuging, gab es schon in Berlin, und wenn wir auch nicht im Traum daran dachten, es ihr in solchen Festen nachmachen zu wollen, kam der Begriff, den wir mit dem Namen Utopia verbanden, der Idee einer Schlaraffia näher als der einer sozialistischen Gesellschaft. So war es denn auch kein Widerspruch zur Idee unserer Utopia, wenn die Utopen, um ihrer Ueberaltigkeit recht drastisch Ausdruck zu geben, sich — allerdings nur am Kneipisch — den Titel „Fürst“ beilegte. Es ahnte keiner, daß für einige von uns über diese Utopia der Weg zum Sozialismus gehen sollte. Einstweilen ließen wir uns, als eines Abends ein zeichnerisch begabter Freund von mir unser Gast war, von ihm ein Wappen der Utopia zeichnen, das dann nach dem Beispiel farbentragender akademischer Vereinigungen die Ueberschrift erhielt: „Utopia sei's Banner!“

Die erste Zeit hielten die Utopen Mittwoch und Sonnabends Kneipabend ab. Da wurde unter der Leitung eines jedesmal neu gewählten Präsidenten nach dem Kommt gekneipt, wurden an jedem Teil des Abends ihm entsprechende Studenten- oder Volkslieder gesungen, Bierduelle und dergleichen ausgetümpelt und einmal wöchentlich auch eine „Bierzeitung“ zum Vortrag gebracht, die aber nicht nur nicht gedruckt oder sonst mechanisch vervielfältigt, sondern auch nicht einmal zusammenhängend niedergeschrieben wurde. Der mit ihrer Redaktion betraute „Redakteur“ las einfach nach mitgebrachten Notizen vor, was er für sie ausgeheckt hatte, und wurde durch Beiträge manchmal sehr freiwilliger Mitarbeiter ergänzt. Es wurden auch Duelle in Spottversen gefochten.

So gab es allerhand Anlaß zur Heiterkeit. Aber es blieb nicht immer dabei. Waren die Stunden vorgerückt und machte bei dem einen oder andern der Utopen seine Wirkung geltend, so kam es auch manchmal zu recht heftigem Streit, bei dem einem der Humor vergehen konnte. Namentlich konnte Freund Billy unendlich heftig werden. Er setzte dem Alkohol abwechselnd sehr verschiedene Grade von Widerstandskraft entgegen, konnte an einem Abend fünfzehn Seidel Bier und mehr trinken, ohne die geringste Erregung zu verspüren, und an anderen Abenden schon nach dem dritten Seidel Bier die Herrschaft über sich verlieren. In diesem Zustand konnte er dann Szenen aufführen, die seine Freunde in allerhand Verlegenheit versetzten.

Andererseits war aber wiederum er es, dem es zuerst gegen sein stütliches Empfinden ging, die Woche zweimal zum Kneipen zusammenzukommen. Er setzte mir das eines Tages auseinander und fand bei mir ein mehr als entgegenkommendes Empfinden. Ich stimmte ihm begeistert zu, und wir machten den Mittwoch den Vorschlag, den einen Abend in der Woche — den Mittwoch — vernünftiger Unterhaltung zu widmen, und diese durch je von einem von uns zu haltenden wissenschaftlichen Vortrag einzuleiten. Er ging durch, und wir hatten nun unseren „wissenschaftlichen“ Abend.

Natürlich mußte das „wissenschaftlich“ mit einem großen Korn Salz verstanden werden. Von selbständigen wissenschaftlichen Arbeiten war noch bei keinem von uns die Rede. Mein erster Vortrag hieß „Einführung in die Volkswirtschaftslehre“, hätte aber den Untertitel haben sollen: „Frei nach Regers Konversationslexikon“. Denn neben einem allmählichen Lehrbuch hatte ich den „Regier“ zu Hilfe genommen und war vornehmlich ihm gefolgt. Ein anderer Utop, ein Mediziner, hielt uns einen Vortrag über den Kreislauf des Blutes, den man in jedem Lehrbuch der Physiologie finden konnte. Wieder ein anderer unterhielt uns mit einer Umschreibung eines der ersten Kapitel aus Adam Smiths „Wohlstand der Nationen“. Aber was kam es viel auf die Originalität der Vorträge an? Wesentlich war, daß wir überhaupt suchten, uns mit Fragen von wissenschaftlicher Bedeutung ernsthaft zu beschäftigen. Im Fortgang der Abende mußten mit Notwendigkeit die Ansprüche an die Vorträge sich heben und mußte in der an sie sich anschließenden Diskussion größere Sachkenntnis das Urteil schärfen. Auch war es sicher ein Gewinn, daß die Zusammenkünfte der Utopia jetzt davor bewahrt blieben, nichts als Nachahmungen der Kneipabende studentischer Verbindungen zu sein.

Damit soll nichts gegen jedes Kneipen nach einem Trinkkommt gesagt sein. Es kommt da nur auf den Geist an, in dem dieser gehandhabt wird. Abstinenzler werden ihn überhaupt nicht brauchen, aber wo vorwiegend Bier oder andere alkoholische Getränke genossen werden, kann es sicher nichts schaden, wenn bei Kneipereien jüngerer Leute gewisse Regeln beobachtet werden. Ich habe es wenigstens in späteren Jahren gar manchmal bedauert, wenn es bei solchen, an denen ich teilnahm, ohne jede Regel und Leitung zuzuging. Es ist dann nie jene, von einem lebendigen Gemeinschaftsgefühl getragene, frohsinnige Geselligkeit erzielt worden, die ich für möglich und wünschenswert hielt. Allerdings darf der Kommt nicht so gehandhabt werden, daß er, wie es in vergangenen Jahrzehnten geradezu die Regel war, als Herausforderung zu sinnloser Unmäßigkeit wirkt, aber er ist auch nicht an diese Unsitte gebunden.

Vor einem Bilderblatt.

Von Erich Bollgetreu.

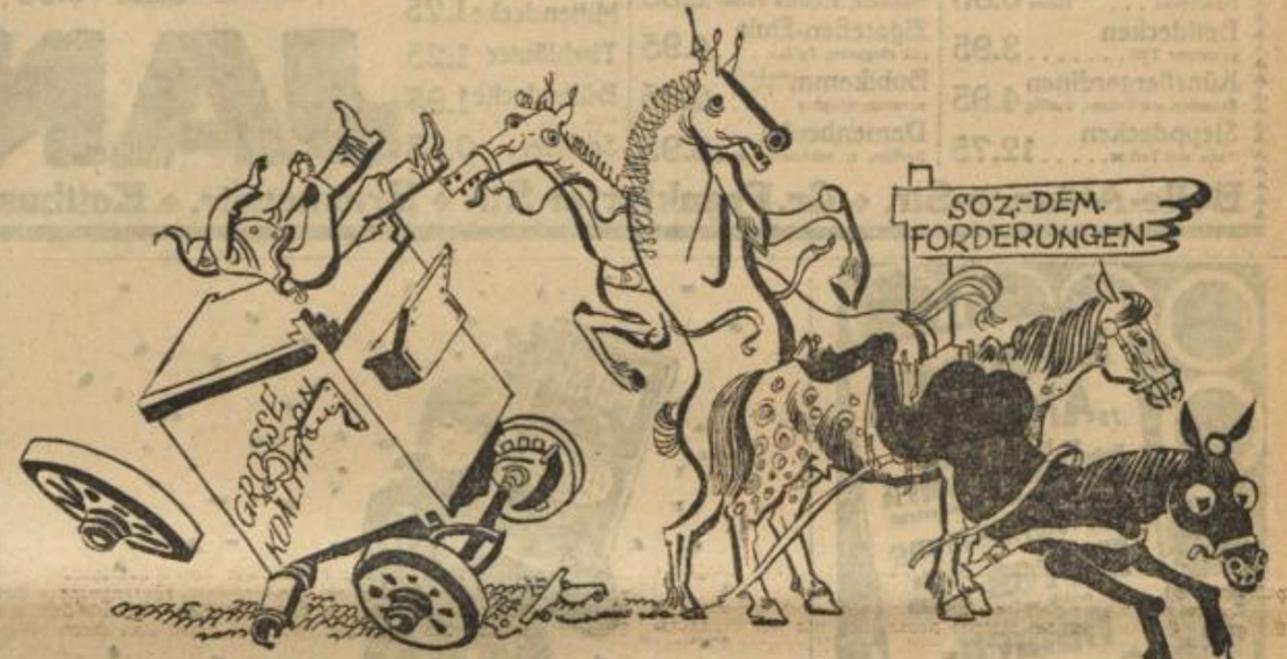
Das Bilderblatt hängt schon seit dem frühen Morgen an der Wand. Keiner, der ins Kaffeehaus kam, hat es abgenommen und angeschaut. Nur der Ober streifte es manchmal im Vorbeigehen mit seinem Serviettenzipfel.

Auch ich hatte bis jetzt keine Zeit, mich mit ihm zu beschäftigen; ich war zu ungeduldig. Seit Stunden warte ich hier schon auf Margia, sie sollte mich abholen. Aber Margia ist nicht gekommen. Warum, weiß ich nicht. Ob sie mir untreu wurde? Da wäre zum Beispiel — ach, da wären schon ein paar . . .

Regierungskrisis.



Wie eine große Koalition möglich —



und wie sie unmöglich ist.

Ich will an den Knöpfen abzählen. Margia kommt, kommt nicht, kommt, kommt nicht, kommt, kommt nicht.

Also Margia kommt nicht. Kommt nicht.

Wie, kommt nicht? Aber wie kann man so etwas wissen wollen? Ist das nicht reiner Zufall, mit wieviel Knöpfen der Schneider meinen Anzug benäht hat? Und hätte ich nicht genau so mit „kommt nicht“ anfangen können?

Margia kommt nicht, kommt, kommt nicht, kommt, kommt nicht, kommt.

Margia wird kommen. Ich bin ganz ruhig geworden. Kann mir jetzt wohl das Bilderblatt ansehen.

Breitensträters Vorkampf gegen Paulino, das Friedensfest von London, Wsturz eines französischen Militärflugzeuges —

Unter einem halben hundert Bildern nur eines, das interessiert. Man sollte nicht soviel im Kaffeehaus sitzen, das läßt die Weltfreude, das Zeitinteresse, das macht egozentrisch. Nicht einmal das Photo paßt, das den bekannten Mörder R. am Tage vor seiner Hinrichtung zeigt. Nicht einmal das Bild von graufiger Bergarbeiterqual tief unter der Erde. Ich sollte mich schämen. . .

Ich sollte mich schämen. Vielleicht nicht wegen meiner „Schlechtigkeit“, das ist immer ein sehr problematischer Begriff, aber wegen meiner Schwäche. Wegen meiner Schwäche sollte ich mich schämen. Millionen Menschen leiden Not und ich sitze hier im Kaffeehaus, warte auf Margia und betrachte nun schon eine ganze Viertelstunde lang das einzige Bild, das mich im Journal fesselt: es zeigt zehn Mannequins, die bei einem Fest der Rodenindustrie mitwirken sollen. Sie sind sehr schön, die Mädchen, und der bekannte Gedichtanfänger von Freiligrath fällt mir ein: „Ich kann den Blick nicht von euch wenden. . .“

So banales Zeug den! Ich. Und sollte mich doch wirklich schämen.

Margia ist übrigens immer noch nicht da.

Das Bild fängt mich wohl so, weil das Mannequin hier in der Mitte mit Margia eine gewisse Ähnlichkeit besitzt; das ist schon ein Grund, ärgerlich zu sein; hieft ich Margia bisher nicht für einzig schön, einzig klug und einzig gut? Aber ich weiß jetzt nicht — Gott, schließlich ist das nur ein Bild und die Linse des Photographen trägt oft.

Herr Ober, noch einen Kaffee, bitte, und ein Stück Kuchen.

Weshalb Margia mich so lange warten läßt? Beinahe unrecht von ihr.

Ich muß das Mannequin noch immer anschauen. Aber genau betrachtet ist es das Mannequin, das mich ansieht. Eine Frechheit von ihm, so ausdringlich zu sein.

Umblättern? Jetzt kommen nur noch Witze, die ich sowieso nicht lesen kann.

Mannequin. Es stört mich, wenn jemand einen so typisch kapitalistischen Beruf hat. Aber wer weiß, was das Schicksal aus uns Schreibern gemacht hätte, wenn wir kaufmännische Talente besäßen. Dem Mannequin wurde eben die Gnade zuteil, von Gestalt und Angesicht sehr schön zu sein.

Margia! — warum soll mein Mannequin nicht so heißen? — Margia! — ist besonders schön. Und sie ist gar nicht etwa eine „kalte Schönheit“. Der feine Mund und die dunkelgelben Augen, die eine leise Wehmüt strahlen, weisen in Tiefen. Margia! — scheint an dem Tag, da man sie mit ihren Mannequins für's Bilderblatt aufnahm, traurig gewesen zu sein. Warum? Ist sie verfehlt worden von ihrem Freund, so wie ich jetzt scheinbar von Margia verfehlt worden bin?

Sie soll nicht betrübt sein. Es gibt vielleicht noch andere gute Freunde für sie auf der Welt, wie es noch andere M —

Um Gotteswillen! Wie kann ich so etwas sagen! Du dummes, boshaftes, eifersüchtiges Mannequin, was sind das für Gedanken, die du in mir hochzuehlest? Du bist schön, ja, aber Margia ist es auch, du bist gut, man sieht es deutlich, jamaht, aber Margia ist es auch, du —

Oder? — Nein, ich will kein, will kein Oder hören — und — aber — oder wie — oder, oder bist du doch mehr, mehr als Margia!?

Ich weiß nicht, ich glaube, es gäbe eine große Liebe, wenn wir uns fänden, uns kennen lernten —

Soll ich hierzu — Möglichkeiten gibt es schon — den Versuch machen?

Margia! —

— nein. Vielleicht bist du schon irgendwie gebunden, vielleicht sogar verbunden. Fest oder unfest.

Und wer weiß, womöglich bist du doch eine Enttäuschung? Bist gar keine Steigerung der Margia?

Es ist natürlich auch möglich, daß ich tief unter dir stehe, deiner gar nicht wert bin, letzte Beziehungen nie finden könnte.

Bei Mut braucht einer, wenn er aus ganzer Seele leben will —

Guten Tag, Margia. Warum läßt du mich so lange warten? Während ich das Bilderblatt ansah, schlief ich ein und hatte einen dummen Traum.

Wie, du willst wissen, was es war? Nichts Wichtiges, Margia, wirklich nicht. . .

Goldfische.

Von Hans Wejemann.

Der Dichter steht mit seiner Freundin in Frau Meiers autem Stube und macht Konversation. Auf dem Vertikow steht eine gläserne Bowle, in der zwei Goldfische herumschwimmen, wie das bei ihnen so üblich ist.

„Langweilige Dinger“, meint die Freundin.

Der Dichter lächelt fein: „Das verstehst du nicht, sie sind schön und reich an einem inneren Leben, das unseren groben Sinnen verschlossen bleibt. Sie ruhen ruhig atmend, im klaren Element. In einer gläsernen Welt, die großer Glanz und klingende Stille ist. Sie sind eins mit dem Kosmos — wunschlos und erfüllt vom Sein, ohne daran zu leiden wie alle andere Kreatur. — Ach — der heilige Franziskus liebte diese stillen golden-leuchtenden — wie soll ich sagen — verzauberten Seelen. Aber wir, wen lieben wir, Berlorene und Verdamnte in der Wüste des Unglaubens und der . . .“

Da sieht er, wie seine Freundin lächelt, und natürlich läßt er sie. Leider macht in diesem Augenblick Frau Meier die Tür auf. Und dann gehen sie alle drei.

„Bogage“, sagt der Goldfisch zu seiner Frau, „eine Viertelstunde lang hat er geschwätzt, und noch nicht mal ein Ameisenei hat er abgeladen. . . Und dann reden sie alle beide nichts mehr.“

Der Beifall bei den alten Römern. Die Römer machten bei ihren Beifallsbetreibungen viel feinere Unterschiede als wir; sie hatten die verschiedensten Grade, dem Beifall Ausdruck zu geben. Diese Stufen reichte vom leichten Klatschen mit einem Zipfel der Toga auf die Handfläche bis zu dem Dröhnen der heftig aufeinanderschlagenden Hände. Man unterschied den „bombus“, einen dumpfen, fortgesetzten Lärm, die „testae“, den normalen Applaus, und endlich die „imbries“, die von höchster Begeisterung eingegebene Beifallsstöße.

BILLIGER Weihnachts Verkauf

Sonntag von 2-6 geöffnet!

- | Kleiderstoffe | Baumwollwaren | Wirkwaren |
|---|--|--|
| Körper-Flanell
Imitiert viele Muster, gute Qualität Meter 0.95 | Hemdentuch kräftige Qualität, für Leib- und Bettwäsche, ca. 80 cm breit Meter 0.58 | Schlupfhosen für Damen, farbig, gestreift 1.65 |
| Crêpe-Marocain
neueste Karomuster Meter 1.45 | Rein Mako vorzügliches Qualität, elegante Leibwäsche Mtr. 0.95 | Herrn-Hemden normalfarbig, mit Doppelbrust, 3 Größen 2.25 |
| Armüre reise Wolle, doppeltbreit, mod. Gewebe oder gestreift Meter 2.50 | Rockflanell imit., weiche Ware, doppeltbreit oder gestreift Meter 1.45 | Herrn-Hosen normalfarbig, mit Ueber-schlaß, 3 Größen 2.25 |
| Eolienne
doppeltbreit, gute Qualität, Wolle mit Seide Meter 4.90 | Lakenstoff Hausmacherart, kräftig Strapazier-Qualität, ca. 145 cm breit Meter 1.95 | Sportwesten für Damen u. Herren, meliert mit farbigem Besatz und Manschetten, 2 Taschen 3.75 |

- | Haushilfen | Bijouterie | Taschentücher |
|--|--|---|
| Wischtuch rot kariert, gestümt und gebändert . . . 0.35 | Armbänder für Kinder, mit Anhänger, Silber 800 gestemp. 0.95 | Kindertuch Linon, mit eingewebter bunter Kante aus gutem Batist mit Hohlraum 0.10 |
| Küchenhandtuch gute Gerstenk. Qualität mit roter Kante, ca. 47x100 cm gestümt und gebändert . . . 0.68 | Börsen Alpaka 0.95 | Damentuch Batist mit Hohlraum 0.15 |
| Stubenhandtuch Dreif., vollgebüchelt, ca. 65x180 cm, gest. u. geb. 0.98 | Manschetten-Knöpfe doppelseitig Perlmutt mit Silber, 800 gestempelt, Paar 2.50 | Damentuch Batist mit Hohlraum und hübscher Eckenstickerei 0.28 |
| | Reise-Wecker mit Glocke 3.90 | Damentücher Batist mit Hohlraum und Stickerei, 3 Stück im Karton . . . 0.98 |

- | | |
|--|---|
| Kinder-Garnitur w. 13 Tibet, Kragen mit Kopf, Muff Taschenform 14.50 | Wölfe imitiert, grau oder braun gebändert 16.75 |
| Pelzkragen Fuchsfur, sobelartig gefärbt 12.75 | Pelzkragen Fuchsfur, ausländische Katze, geprenkelt . . . 29.75 |

- | Gardinen | Lederwaren | Handarbeiten |
|--|--|--------------------------------------|
| Tüllgardinen Schalereise Meter 0.85 | Brieftaschen Rindleder, mehrere Fächer 2.50 | Mittendecke 1.25 |
| Bettdecken gewebter Tüll 3.95 | Zigaretten-Etuis mit eleganter Spitze . . . 4.95 | Tischläufer 1.25 |
| Künstlergardinen Etamine mit Volant, 3-fach 4.95 | Bubikamm im Leder, zusammenlegbar 2.95 | Büffedecke 1.95 |
| Steppdecken Satin mit Trüffel 12.75 | Damenbeutel Satin, m. schönem Futter 3.95 | Schoner 0.55 |

Belle-Alliance-Str. ♦ Gr. Frankfurter Str. ♦ Brunnenstr. ♦ Kottbuser Damm ♦ Wilmersdorfer Str.

Kredithaus „ANDERS“
an Kaiser-Wedding
Reichendorfer Straße 16
Ged. Haus Groß u. Kottbuscherplatz

Auf Teilzahlung Herren- und Damen-Garderobe
Anzüge, Paletots, schick und modern

Niedrigste Anzahlung
Kleider, Jacken, Hüte, Mäntel, Kostüme, Garderoben, etc.
1- bis 2-Zimmer-Einrichtungen
Kleider, Möbel, Ausstatt.

Kredithaus „ANDERS“
Reichendorfer Straße 16
Pant- und Gerüstwaren-Abt.
Mitglied des Reichsverbandes des kreditgebenden Einzelhandels.

Persil

Ohne Seife *ohne Waschen* *ohne Schleudern*

KLEINEANZEIGEN

Jedes Wort 12 Pf.

Verkaufe

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Möbel

Musikinstrumente

Kaufgesuche

Verschiedenes

Magenbeschwerden
aller Art
auch Sodbrennen, Aufstossen
beseitigt schnell und sicher
Apotheker Schuh's Magenweil

Fordern Sie nur diese Marke in den Apotheken und Drogerien.

Hauptdepots:

Zentrum: Simons-Apotheke, Eleanoren-Apotheke, Südost: Luisenstadt Apotheke, Südwest: Askaniische Apotheke, Norden: Reichs-Apotheke

Dortselbst ist auch das bestens empfohlene Mittel gegen Arterienverkalkung **Cordol** zu haben, sowie alle homöopathischen Mittel.

Weitere Verkaufsstellen weisen nach **C. Schmittner & Co., Berlin-Wilmersdorf, Babelferberger Straße 2.** — Placette 4074 und 3496.

Besonders billig! in der Gesamtauflage des „Vorwärts“ und

Niemand braucht am Rheumatisms zu leiden

Wenn dafür gibt es den seit 90 Jahren erprobten und bewährten Apoth. P. Grundmanns antirheumatisches **Valneral-Blutreinigungstees.**

Der Tee wird als wundervolles Hausmittel bei Neigung zu Safferverdauung, Fieberten, Hautausschlägen, Arterienverkalkung, Gicht und Rheumatisms, Blasen- u. Nierenleiden, sowie Blinderkrankung nach dem Kopf mit glänzendem Erfolg angewendet und darf demnach in jeder Familie leben.

Verkaufsstellen in Berlin: Simons-Apotheke, Spandauer Str. 17; Alexander-Apotheke, Alex. n. d. Str. 8; Hochplatz-Apotheke, Neue Hochstr. 34; Apotheke z. El. v. n. Kreuz, Kastanienallee 2; Apoth. z. weibl. Adler, Friedrichstr. 203; Wege-Apoth., Kammierstr. 44; Eleanoren-Apoth., Leipziger Str. 74; Reimers-Apoth., Büchenerstr. 53; Apoth. z. gold. Hirsch, Lindenstr. 74; Adalbert-Apoth., Adalbertstr. 16; Anker-Apoth., Frankfurter Allee 289; Gadiels-Apoth. z. Bär, Grüner Weg 54; Warschauer-Apoth., Warschauer Str. 16; Auler-Apoth., Brunnenstr. 132; Phönix-Apoth., Wilmersdorfer Str. 47; Schiller-Apoth., Alts-Moabit 82; Charlottenburg: Flora-Apoth., Wilmersdorfer Str. 81; Weiden-Apoth., Spandauer Berg 10; Wilmersdorfer Marien-Apoth., Wilhelmstraße 110.

Paket zu 2.00, 3.50 und 5.00 M. Zur Kur erforderlich 3 Pakete à 3.50 M. und Grundmanns schmerzstillendes Rheumal à 2.00 M.

Arterienverkalkung! Mit bestem Erfolg heilbar!

Apotheker Schuh's Cordol

Wirkt herzerstärkend, appetitanregend und blutreinigend. Zu einer Kur sind 6-8 Flaschen erforderlich.

Fordern Sie Apotheker Schuh's Präparat in den Apotheken, wo nicht zu haben, weisen Generaldepot C. Schmittner, Wilmersdorf, Babelferberger Str. 2, Tel. Platzburg 4074 u. 3496, Bezugswahl nach Herstell. Apoth. Schuh, Köln, Moselstr. 52. Man verlasse den Raiger für Kranke.

Möbel

Musikinstrumente

Kaufgesuche

Verschiedenes

Möbel

Musikinstrumente

Kaufgesuche

Verschiedenes